

## Verhandlungsschrift

über die am **Donnerstag, dem 18. Juni 2009**,  
in der Welser Stadthalle stattgefundene

### **49. Sitzung des Gemeinderates**

Beginn der Sitzung: 14.37 Uhr

Ende der Sitzung: 17.55 Uhr

Die Verhandlungsschrift der 48. Sitzung des Gemeinderates vom 14.05.2009 liegt  
zur Einsichtnahme auf.

## **A n w e s e n d e**

**Vorsitzender:** Bürgermeister Dr. Peter Koits

### **SPÖ-Gemeinderatsfraktion**

1. Vizebürgermeister Hermann Wimmer
2. Vizebürgermeister Manfred Hochhauser

#### Stadträte (ohne Gemeinderatsmandat):

Dr. Friedrich Ganzert                      Silvia Huber

#### Gemeinderäte:

Hannelore Aigner	Gertrude Aitzetmüller	Raimund Buttinger
Werner Forstinger	KommR. Günther Gausch	Klaus Hoflehner
Mag. Bernhard Humer	Claudia Hüttmayr-Punkenhofer	Rupert Leitner
Brigitte Lindlbauer	Mag. Petra Lipp	Helga Maitner
Petra Müllner	Johann Reindl-Schwaighofer	Mag. Klaus Schippani
Karl Schönberger	August Tesarsch	Barbara Wildfellner

### **ÖVP-Gemeinderatsfraktion**

3. Vizebürgermeister Dr. Bernhard Ploier-Niederschick

#### Stadtrat (ohne Gemeinderatsmandat):

Roland Strassl

#### Gemeinderäte:

Mag. Karl-Georg Holter		Ing. Martina Kreisel
Herbert Pernkopf	Brigitte Wartinger	Andreas Weidinger
Markus Wiesinger		

### **FPÖ-Gemeinderatsfraktion**

#### Stadtrat (ohne Gemeinderatsmandat):

Dr. Bernhard Wieser

#### Gemeinderäte:

KommR. Willibald Baumgartner	Gerhard Kroiß	Ing. Wolfgang Matzinger
Dr. Andreas Rabl		

### **GRÜNE-Gemeinderatsfraktion**

#### Gemeinderäte:

Herbert Anreitter	Andrea Bauer	Mag. Michael Springer
-------------------	--------------	-----------------------

### **Vom Magistrat:**

MD OSenR. Dr. Karl Schweiger  
sowie leitende MitarbeiterInnen des Magistrates

### **Schriftführer:**

W.OAR. Johann Höpfel  
Birgit Mickla

### **Entschuldigt:**

GR. Dir. Mag. Josef Hora (ÖVP)

# Verlauf der Sitzung

Der Bürgermeister eröffnet die Sitzung, begrüßt alle Anwesenden und stellt fest, dass

- a) die Sitzung ordnungsgemäß einberufen wurde,
- b) die Verständigung gemäß der vorliegenden Einladung vom 09.06.2009 an alle Mitglieder des Gemeinderates schriftlich erfolgt ist und am gleichen Tage öffentlich an der Amtstafel kundgemacht wurde,
- c) die Beschlussfähigkeit gegeben ist.

## Genesungswünsche an Vzbgm. Hermann Wimmer:

Bgm. Dr. Koits: Ich möchte meine Freude darüber zum Ausdruck bringen, dass unser Kollege Hermann Wimmer wieder in unserer Mitte ist. Ich darf ihm auch von dieser Stelle aus die besten Wünsche in Bezug auf den weiteren Genesungsverlauf zum Ausdruck bringen.  
(Beifall!)

## Dringlichkeitsanträge

Bgm. Dr. Koits teilt mit, dass ihm einige Dringlichkeitsanträge zugegangen sind und in jedem Einzelfall die formellen Voraussetzungen gegeben sind.

## Dringlichkeitsantrag der SPÖ-Gemeinderatsfraktion, betreffend Abänderung (Novelle) zum Oö. Spielapparate- und Wettgesetz:

Der Bürgermeister verliest den als Anlage 1 beigelegten Dringlichkeitsantrag.

Dem Antrag wird die Dringlichkeit

einstimmig zuerkannt.

Dringlichkeitsantrag der SPÖ-Gemeinderatsfraktion, betreffend  
Überprüfung des Betriebs von Wettlokalen:

Der Bürgermeister verliest den als Anlage 2 beigefügten Dringlichkeitsantrag.

Dem Antrag wird die Dringlichkeit

einstimmig zuerkannt.

Bgm. Dr. Koits merkt an, dass es dann in der Sache noch eine Ergänzung zu diesem Antrag geben wird.

Dringlichkeitsantrag der SPÖ-Gemeinderatsfraktion, betreffend  
Nutzungskonzept für Tennishalle Rosenau:

Der Bürgermeister verliest den als Anlage 3 beigefügten Dringlichkeitsantrag.

Zur Begründung der Dringlichkeit:

GR. Müllner: Bei den Gesprächen mit jungen Menschen in Wels gibt es immer wieder folgendes Thema: Man möchte irgendwo einen Platz haben, um die Freizeit sinnvoll gestalten zu können, wo man sich ganz einfach aufhalten kann, ohne Eintrittsgeld bezahlen oder etwas konsumieren zu müssen. Ich denke mir also, dass wir als Stadt jetzt diese Gelegenheit zum Erwerb der Tennishalle nutzen sollten. Es wäre sinnvoll, den Jugendlichen eine qualitative Betreuung angedeihen zu lassen und dass man dort Trendsportarten ausüben kann. Diese Gelegenheit des Erwerbs der Halle sollten wir für die jungen Menschen in Wels wirklich nutzen.

Dem Antrag wird die Dringlichkeit

einstimmig zuerkannt.

Dringlichkeitsantrag der SPÖ-Gemeinderatsfraktion, betreffend Einführung  
und Abwicklung einer Welser Jugend-Mobilitätskarte:

Der Bürgermeister verliest den als Anlage 4 beigefügten Dringlichkeitsantrag.

Zur Begründung der Dringlichkeit:

GR. Reindl-Schwaighofer: Dieser Antrag wurde wegen seiner Dringlichkeit unsererseits für diese Sitzung eingereicht. Wir sind nämlich der Meinung, dass auch für Jugendliche die finanzielle Ausstattung durch die Wirtschaftskrise beeinträchtigt ist. Jugendliche brauchen, um sich im Leben entwickeln zu können, bestimmte Dinge wie einen Mopedführerschein ab 15 oder auch einen PKW-Führerschein, vielleicht ein neues Fahrrad etc.

Wir haben versucht, verschiedene Aspekte mit diesem Antrag deutlich zu machen. Da geht es zum einen um die Mobilität, die ein zentrales Thema für den Menschen, speziell auch für Jugendliche ist, die am Beginn ihrer Ausbildung und Karriere stehen. Jugendliche haben auch einen verstärkten Mobilitätsdrang hinsichtlich ihrer Sportaktivitäten.

So möchten wir eben die Jugendlichen in verschiedener Hinsicht unterstützen. Und wenn hier auch der Fahrradankauf angeführt ist, so soll damit deutlich gemacht werden, dass der innerstädtische Nahverkehr genauso mit dem Fahrrad abgewickelt werden kann. Es wird also damit die Hoffnung verknüpft, mit einer finanziellen Unterstützung hinsichtlich des Ankaufs die Fahrradbenützung attraktiver zu machen, womit der Sicherheitsaspekt ebenso verbunden wird, indem wir dafür einen Helmankauf genauso eine Unterstützung anbieten, falls beispielsweise das Fahrrad selbst schon vorhanden ist.

Was den öffentlichen Verkehr betrifft, sind wir aber auch der Meinung, dass Jugendliche verstärkt den öffentlichen Linienbus benützen sollten. Ebenfalls sollten sie verstärkt das Anrufsammeltaxi benützen, über das wir ja schon des öfteren diskutierten.

Insgesamt denke ich mir, dass es sich hierbei um eine sehr runde Sache handelt. Eine brandaktuelle SORA-Studie machte deutlich, dass Jugendliche in ihren Lebensbereichen von den Erwachsenen ernst genommen werden wollen. Und genauso erwarten sie, dass sie in ihren Lebensbereichen direkt unterstützt werden. Und hier meinen wir, dass für uns ein ganz wichtiger Ansatz gegeben sein sollte.

Ein wichtiger Punkt ist weiters – der Herr Bürgermeister hat ja bei Verlesung des Antrages schon darauf hingewiesen – dass die gesamten Leistungen nur für Welser Betriebe zuteil würden. Wenn also der errechnete Geldwert an den Bezug von Leistungen durch Welser Betriebe gebunden ist, so könnte man dies auch als einen Beitrag zu einem Anti-Krisen-Paket betrachten, als einen Beitrag zur Stärkung des Wirtschaftsstandortes Wels. Somit erscheint das in dieser Hinsicht ebenso als eine sehr gute Sache.

So bin ich davon überzeugt, dass diese Initiative in Bezug auf die Einführung einer Jugend-Mobilitätskarte, die wir heute einbringen und beschließen wollen, ein ganz wichtiger Beitrag zur Förderung der Jugend in unserer Stadt ist. Und ich kenne von nirgendwo sonst eine derart ambitionierte Initiative wie jene, die wir heute eingebracht haben.

Zwischenruf GR. Ing. Matzinger: Die eigentliche Begründung für die Dringlichkeit ist der 27. September!

Dem Antrag wird die Dringlichkeit

einstimmig zuerkannt.

Dringlichkeitsantrag der FPÖ-Gemeinderatsfraktion, betreffend subventionierte Dauerparkplätze für Bewohner der Innenstadt in Parkhäusern und Tiefgaragen:

Der Bürgermeister verliest den als Anlage 5 beigefügten Dringlichkeitsantrag.

Zur Begründung der Dringlichkeit:

GR. Kroiß: In aller Kürze darf ich vorbringen, dass es aufgrund der Diskussionen über die Medien in Zusammenhang mit den Gebührenparkplätzen und eventuellen Freistunden etc. auch zur Diskussion über leistbare Mietparkplätze gekommen ist. Aufgrund dessen haben wir diesen Antrag eingebracht und wir ersuchen sie, diesem die Dringlichkeit zuzuerkennen.

Dem Antrag wird die Dringlichkeit bei

14 Ja-Stimmen (ÖVP-, FPÖ- und GRÜNE-Fraktion)  
gegen 21 Nein-Stimmen (SPÖ-Fraktion)

nicht zuerkannt.

Aktuelle Stunde

Bgm. Dr. Koits: Es wurden zwei Themen zur „Aktuellen Stunde“ beantragt. Das eine kam von der SPÖ-Fraktion am 15. Juni um 08.30 Uhr und das zweite von der FPÖ-Fraktion am 15. Juni um 09.50 Uhr. Ich darf aufgrund der Geschäftsordnung nur ein Thema zulassen und somit wird heute das Thema des ersteingelangten Schreibens der SPÖ-Fraktion behandelt.

Neue Mittelschule:

StR. Dr. Ganzert: Bei der Bildung handelt es sich wohl um eine eminent wichtige Sache für unsere Jugend. Und hier stellt sich die Frage, wie man künftig mit einem bestimmten Schulzweig umgehen soll – ich meine die Hauptschule – der wohl von jeder Seite der Unterstützung bedarf. Hier geht es wohl um eine Grundeinstellung.

Unser Schulsystem – das ist wohl international belegt – geht zu sehr in die Selektion, zu sehr in Ausgrenzung, zu sehr in die Qualifikation von Schülern. Hier gehört eine Kehrtwendung insofern gemacht, als es künftig verstärkt um eine Kultur des Förderns gehen sollte. Es geht nicht nur darum, das seitens der Schule die Leistung erkannt und gefördert wird, sondern auch um das Erkennen der Schwächen und um eine Förderung im Bereich der Schwächen, also einer Förderung zur Verbesserung der Situation.

Die „Neue Mittelschule“ ist zwar nur ein kleiner Schritt, aber meines Erachtens doch ein Schritt in die richtige Richtung und wir haben hier in Wels eine durchaus erfreuliche Situation. In Linz ist es beispielsweise noch keiner Hauptschule gelungen, einen Partner im höheren Schulbereich für sich zu gewinnen. Allerdings muss man eingestehen, dass wir in Wels diesbezüglich auch noch eine eher begrenzte Situation haben. Ich darf dann noch sagen, warum diese an sich sehr vernünftige Aktion oft sehr schnell an ihre Grenzen stößt.

In Wels haben wir eine Kooperation zwischen der HS 1, Stadtmitte und dem neuen Wirtschaftskundlichen Realgymnasium der Franziskanerinnen. Die Hauptschule 5, Neustadt, kooperiert mit der Handelsakademie II. Die HS 8, Lichtenegg, kooperiert mit der Bundesanstalt für wirtschaftliche Frauenberufe und die HS 6 möchte mit der Handelsakademie I kooperieren – hier wäre eine Zusammenarbeit erst im nächsten Jahr möglich – und es liegt das zur Zeit beim Landesschulrat zwecks Genehmigung. Wenn man sich das so betrachtet, fallen einem zwei Elemente auf. Zum Ersten haben sich bisher nur berufsorientierte Höhere Schulen zu Kooperationen entschieden und die AHS stehen dieser Sache zur Zeit noch sehr reserviert gegenüber. Und zum Zweiten geht es auch um eine finanzielle Unterstützung, die eben vom Landesschulrat genehmigt werden muss. Im Fall der HS 6 wird das frühestens im nächsten Jahr möglich sein.

Was bedeutet nun diese Zusammenarbeit? Sie bedeutet ein Mehr an Lehrern an der Hauptschule und eine andere Qualifikation an der Hauptschule.

Es wurde natürlich hinterfragt, warum diese Sache für die AHS so uninteressant ist. Nun, von dieser Seite her wird sehr wenig Feedback erwartet. Die berufsbildenden Höheren Schulen sehen jedoch von den Hauptschulen her für die Zukunft ein entsprechendes Potenzial und es wurde deshalb von diesen das Angebot der Kooperation wesentlich enthusiastischer angenommen. Insgesamt sehen sie aber, dass die Sache vom finanziellen Förderangebot doch eher ziemlich beschränkt ist.

Ich glaube jedenfalls, dass es sich hierbei um einen Schritt in die richtige Richtung handelt. Es ist noch nicht die Lösung aller Probleme, die die Hauptschule an sich hat, damit verbunden, aber jedenfalls glaube ich, dass wir mit einer verstärkten Förderkultur, nicht einer Selektionskultur, doch dazu kommen, dass wir ein einheitliches Förderschulsystem erreichen, das allen eine gleiche und faire Lebenschance bietet.

GR. Dr. Rabl: Natürlich mutet es ein bisschen eigenartig an, wenn es solche Zufälle wie bei dieser Einreichung von Themenvorschlägen zur „Aktuellen Stunde“ nicht nur in zeitlicher Hinsicht gibt – die Abgabe erfolgte zeitlich relativ eng beieinander, wie wir hörten – sondern auch bezüglich der Wahl ähnlicher Themen. Wir nehmen dies aber gelassen zur Kenntnis.

Ausbildung ist, wie der Kollege Ganzert ganz richtig sagte, eine wichtige Sache. So hat es mich auch fasziniert, als ich vor einiger Zeit aus der Rathauskorrespondenz die Aussage des Herrn Bürgermeister entnehmen konnte: „Koits: 2009 – jeder Welser Pflichtschulabgänger hat einen Ausbildungsplatz.“ Das wurde so in jeder namhaften Zeitung im Raum Wels wiedergegeben. Es war das eine ehrgeizige Ankündigung und ich habe mich netzwerkmäßig schlau gemacht und herausgefunden, dass der Bürgermeister nicht Wort gehalten hat. Das Arbeitsmarktservice hat ganz klar mitgeteilt, dass es über 300 Ausbildungsplatzsuchende in Wels gibt und es keineswegs so ist, Herr Bürgermeister, dass 2009 jeder in Frage kommende einen Arbeitsplatz hat. Ich glaube also,

dass gerade im Bereich der Lehrlingsausbildung ganz dringend sehr viel gemacht gehörte. Es reicht anscheinend nicht, was bisher passierte oder was bisher die Stadt Wels machte. Ich glaube, das war bisher eine eher allgemeine Ankündigung, die wir sicher zur Kenntnis nehmen, aber wenn sie es damit und insgesamt mit der Ausbildung ernst nehmen, würde ich sie darum ersuchen, sich dafür zu verwenden, dass die Stadt Wels noch mehr tut. Das, was uns oder allen Welser Jugendlichen versprochen wurde, ist noch nicht erfüllt und bedarf noch gewisser Anstrengungen, um tatsächlich umgesetzt zu werden.

GR. Mag. Holter: Ich kann mich nicht so aufregen wie der Kollege Rabl in Hinblick auf die angekündigte Jugend-Vollbeschäftigung. Ich habe von Anfang an diese Ankündigung des Herrn Bürgermeister nicht geglaubt oder nicht so ernst genommen, weshalb ich von Anfang an ruhiger geblieben bin.

Zum Thema der „Neuen Mittelschule“ Folgendes. Man muss immer ein wenig zwischen der Betitelung und dem Sinn unterscheiden. Ich glaube, dass die eher reservierte Haltung der AHS, sprich Gymnasien, gegenüber dem jetzigen Fördermodell durchaus verständlich ist, weil diese Sache ja den Übergang von der Hauptschule in die Oberstufe eines Gymnasiums betrifft. Und hier weiß man – das dürfte doch allgemein bekannt sein – dass es nahezu unmöglich ist, von der 4. Klasse einer Hauptschule in die 5. Klasse eines Gymnasium überzuwechseln, und zwar schon allein deshalb, weil im Normalfall an den AHS spätestens aber der 3. Klasse die zweite Fremdsprache unterrichtet wird. Damit lässt dies ein Fortkommen allein aus diesem Grund sozusagen zwei Jahre später nahezu unmöglich erscheinen. Ob sich die AHS-Lehrer in den Grundlernfächern im Bereich der Hauptschule einbringen könnten oder nicht, das soll man noch zu führenden Gesprächen überlassen.

Es ist also in erster Linie ein Markt für die berufsbildenden Höheren Schulen gegeben. Das ist insofern klar, weil man sozusagen auf der nächsten Ausbildungsstufe neu anfängt. Da gibt es kein durchgängiges System wie bei der AHS, sondern man beginnt nach der Pflichtschule in der nächsten Ausbildungsstufe, also in der BHS, wobei alle zumindest theoretisch über gleiche Vorkenntnisse verfügen.

Der Titel „Neue Mittelschule“ bedeutet für mich nicht mehr und nicht weniger, als dass es sich hier um ein interessantes Fördermodell handelt. Und wenn man im Unterricht Pflichtschullehrer mit AHS- oder BHS-Professoren verbindet, muss einem schon bewusst sein, dass das in erster Linie den begabteren oder lernwilligeren Kindern zugute kommt. Bei ihnen wird eine Qualitätssteigerung möglich sein. Ist aber der Sinn der, dass damit einer der beiden Lehrer entlastet wird und sich dieser damit verbunden mehr um die schwächeren Kinder kümmern kann und diese im Endeffekt eine Leistungssteigerung erfahren, kommen wir möglicherweise zu einem Gesamtziel. Insgesamt sehe ich aber den Nutzen schon eher bei den berufsbildenden Höheren Schulen bzw. wird für die AHS schwer ein Nutzen gegeben sein.

Bgm. Dr. Koits: Ich stelle fest, dass es keine weiteren Wortmeldungen hiezu gibt. Insgesamt sind wir uns aber wohl einig darin, dass die Bildung zu einem der wichtigsten Themen in unserer Stadt gehört. Wie es ein verbessertes Zusammenspiel zwischen den einzelnen Schultypen geben kann, das bedarf sicher noch der Diskussion.



Herr Dr. Rabl! Sie können versichert sein, dass ich mich über die Zahlen sehr genau informiere. Herr Dr. Rabl meinte offenbar den gesamten Arbeitsmarktbezirk und nicht nur die Stadt Wels, sodass die von ihm genannte Zahl doch erheblich zu reduzieren wäre.

Bgm. Dr. Koits übergibt den Vorsitz an Vzbgm. Hochhauser.

Berichterstatter Bürgermeister Dr. Peter Koits

1.)

O. Univ.-Prof. Dr. Otmar Pachinger, 6020 Innsbruck, Anichstraße 35;  
Verleihung des Ehrenringes der Stadt Wels  
BdB-10-2009

Der Antrag lautet nach Vorberatung im Präsidialausschuss am 25.05.2009:

Herrn O. Univ.-Prof. Dr. Otmar Pachinger, geb. 29.03.1944, wh. in Innsbruck, Anichstraße 35, wird in Würdigung seiner hervorragenden Verdienste um die Stadt Wels der Ehrenring der Stadt Wels verliehen.

Einstimmig angenommen.

2.)

Verordnung des Gemeinderates der Stadt Wels, mit der die Geschäftsordnung des Gemeinderates der Stadt Wels und seiner Ausschüsse neuerlich abgeändert wird (6. Novelle der GOGR.)  
DI-Verf-339-2008

Der Antrag lautet nach Vorberatung im Präsidialausschuss am 25.05.2009, der Gemeinderat möge die als Anlage 6 beigefügte 6. Novelle der Geschäftsordnung des Gemeinderates und seiner Ausschüsse beschließen.

Einstimmig angenommen.

Vzbgm. Hochhauser dankt für die Berichterstattung und übergibt den Vorsitz wieder an Bgm. Dr. Koits.

Berichterstatter Vizebürgermeister Manfred Hochhauser

3.)

Verordnung des Gemeinderates der Stadt Wels über die Änderung des Flächenwidmungsplanes Nr. 4/2003 (Änderung Nr. 103) und des Örtlichen Entwicklungskonzeptes Nr. 1/1997 (Änderung Nr. 75)  
BZ-BauR-3529-2008

Der Antrag lautet nach Vorberatung im Planungs-, Bau- und Wohnungsausschuss am 02.06.2009, der Gemeinderat möge die als Anlage 7 beigefügte Verordnung über die Änderung des Flächenwidmungsplanes der Stadt Wels (103. Änderung des Flächenwidmungsplanes Nr. 4/2003) und des Örtlichen Entwicklungskonzeptes Nr. 1/1997 (75. Änderung) beschließen.

Einstimmig angenommen.

4.)

Verordnung des Gemeinderates der Stadt Wels über die Änderung des Flächenwidmungsplanes Nr. 4/2003 (Änderung Nr. 108) und des Örtlichen Entwicklungskonzeptes Nr. 1/1997 (Änderung Nr. 78)  
BZ-BauR-3503-2009

Der Antrag lautet nach Vorberatung im Planungs-, Bau- und Wohnungsausschuss am 02.06.2009, der Gemeinderat möge die als Anlage 8 beigefügte Verordnung über die Änderung des Flächenwidmungsplanes der Stadt Wels (108. Änderung des Flächenwidmungsplanes Nr. 4/2003) und des Örtlichen Entwicklungskonzeptes Nr. 1/1997 (78. Änderung) beschließen.

StR. Dr. Wieser: Wir von der Freiheitlichen Fraktion sind natürlich froh über solche Aktivitäten, weil sich ja derart aufgeschlossene Gebiete ideal dafür eignen, Dienstleistungszentren zu errichten oder überhaupt gewisse Bebauungen vorzunehmen. Sind wir also froh darüber, wenn in unserer Stadt demnächst derartige Aktivitäten auf dem Bausektor stattfinden können.

Es tut mir aber andererseits etwas leid und ich weiß nicht, wie viele Sitzungen noch vergehen müssen, bis diesbezüglich etwas passiert. Wir haben in der Jänner-Sitzung des Welser Gemeinderates den Antrag gestellt, eine Baulandoffensive für junge Familien in Gang zu bringen. Schon vor vielen Jahren haben wir das immer wieder, allerdings vergeblich, gefordert. In der letzten Sitzung ist es uns dann aber doch gelungen, auch hier im Gemeinderat eine Mehrheit dafür zu finden.

Es tut uns ganz einfach weh – mir geht das besonders nahe – wenn man zuschauen muss oder immer wieder davon hört, wie Landgemeinden, Bürgermeister, mit Grundstücken, die preislich von der jeweiligen Gemeinde gestützt und aufgeschlossen sind,

junge Welser Familien sozusagen auf's Land hinausziehen. Zumeist arbeitet man noch in Wels, aber seinen Lebensmittelpunkt hat man nicht mehr in Wels. Deren Kinder gehen uns dann auch in den Schulen ab, was viele Lehrer berichten. Somit wäre es für die ganze Stadt wichtig, fände wieder einmal eine Siedlungsoffensive für junge Leute statt, denn wir brauchen die jungen Leute nicht nur an den Arbeitsplätzen in Wels.

Ich finde, es gehörte etwas Dampf hinter dieser Sache gemacht. Man müsste schauen, wo man geeignete Grundstücke zur Verfügung hätte. Es gäbe sicher im Osten der Stadt noch einige Grundstücke, aber genauso im Nord-Westen. Man muss nur die notwendigen Verhandlungen führen bzw. entsprechende Angebote machen. Jedenfalls wäre es ganz wichtig, könnten wir jungen Leuten solche Grundstücke praktisch zum Selbstkostenpreis in die Hand geben, damit sie sich eben ein Einfamilienhaus bauen können.

Vzbgm. Hochhauser: Diese nahezu herzerreißende Beschäftigung mit dem Thema der Wohnraumschaffung oder Bereitstellung von leistbaren Grundstücken für Bauwillige hätte natürlich sehr gut in die letzte Ausschuss-Sitzung gepasst, lieber Kollege Bernhard Wieser, aber wie fast immer in letzter Zeit war dort die Freiheitliche Partei leider Gottes nicht vertreten, sodass wir eben von Seite der Freiheitlichen nicht über diese Anregung diskutieren konnten. Es wäre halt ideal, würde man solche Ausschuss-Sitzungen dafür nutzen, Anliegen dieser Wichtigkeit darzustellen.

Im Übrigen dürfte es Deiner Aufmerksamkeit entgangen sein, dass wir im letzten Stadtsenat, der vor genau drei Tagen stattfand, die Erarbeitung eines Entwicklungskonzeptes für einen bestimmten Bereich in Wels-Wimpassing beschlossen haben. Dieses Konzept sieht vor – ich sage das natürlich gern auch vor dem Gemeinderat – dass diverse Restflächen im Zuge des Stadionbaus einerseits für Betriebsbauten Verwendung finden sollten, nämlich was den Teil betrifft, welcher der Autobahn zugewandt ist und andererseits sollte im Süd-Osten genau das günstige Bauland, das du immer wieder ins Treffen führst, bereitgehalten werden. Also, es dürfte deiner geschätzten Aufmerksamkeit entgangen sein, dass wir diesen Schritt bereits vollzogen haben, noch bevor du diese Thematik einem größeren Teil der Bevölkerung präsentieren konntest.

Ich darf nun aber den Herrn Bürgermeister ersuchen, über diesen Punkt, der ja ansonsten unstrittig zu sein scheint, abstimmen zu lassen.

Der Antrag zu Punkt 4. der Tagesordnung wird

einstimmig angenommen.

5.)

Verordnung des Gemeinderates der Stadt Wels über die Änderung des Flächenwidmungsplanes Nr. 4/2003 (Änderung Nr. 109) und des Örtlichen Entwicklungskonzeptes Nr. 1/1997 (Änderung Nr. 79)  
BZ-BauR-3505-2009

Der Antrag lautet nach Vorberatung im Planungs-, Bau- und Wohnungsausschuss am 02.06.2009, der Gemeinderat möge die als Anlage 9 beigefügte Verordnung über die Änderung des Flächenwidmungsplanes der Stadt Wels (109. Änderung des Flächenwidmungsplanes Nr. 4/2003) und des Örtlichen Entwicklungskonzeptes Nr. 1/1997 (79. Änderung) beschließen.

GR. Ing. Matzinger: Es freut mich ganz besonders, dass der Kollege Hochhauser darauf hinwies, dass ich in der letzten Ausschuss-Sitzung nicht anwesend war. Das stimmt tatsächlich, nur, wenn sich der Kollege Hochhauser mit der Aussendung seiner Einladung so lange Zeit lässt, dass er Feiertage etc. nicht berücksichtigt und diese Einladung somit erst am Sitzungstag bei mir zu Hause einlangte, kann er sich eigentlich nicht erwarten, dass ich sofort auf sein Pfeifen reagiere. Das ist eine Vorgangsweise, die nicht nur einmal passierte. Ich gehe davon aus, dass das ein Fehler von irgendwo war. Ich möchte das nicht unbedingt der Post zuschieben oder sonstjemand, aber es ist doch schon des öfteren passiert, dass jemand den Postlauf nicht ausreichend berücksichtigte. Fest steht jedenfalls, dass Einladungen zu Ausschuss-Sitzungen spätestens drei Tage vor der Sitzung bei demjenigen sein müssen, der eingeladen wird.

Und ich muss an dieser Stelle auch festhalten, dass ich prinzipiell nicht auf irgendwelche Vorankündigungen reagiere, denn solche Vorankündigungen haben sich schon des öfteren nicht erfüllt. Es ist mir schon passiert, dass ich extra von weither gefahren kam und dann erfahren musste, dass eine vorangekündigte Sitzung doch nicht stattfindet.

Was nun aber die letzte Sache betrifft, ist es so, dass das, was der Kollege Wieser jetzt anschnitt, sicher nichts Neues darstellt. Wir haben etwas in dieser Richtung schon einige Male beantragt .....

Bgm. Dr. Koits: Herr Gemeinderat Matzinger, bitte zur Sache!

GR. Ing. Matzinger: Herr Bürgermeister! Wenn der Kollege Hochhauser nicht ordentlich oder zeitgerecht zu seinen Sitzungen einlädt und er auch noch extra darauf hinweist, dass jemand nicht gekommen ist, muss er doch damit rechnen, dass es unsererseits notwendig ist, eine Rechtfertigung auszusprechen. Und ich möchte jetzt nicht bei all den anderen Punkten der heutigen Tagesordnung dasselbe Argument oder denselben Vorwurf hören, nur weil er schuld daran ist, dass die Einladung nicht rechtzeitig kam.

Im Übrigen haben wir zuletzt im Jänner einen Dringlichkeitsantrag dahingehend gestellt, für junge Menschen günstiges Bauland zur Verfügung zu stellen. Solche Anträge wurden von der SPÖ immer abgelehnt, aber angesichts der verschiedenen anderen Dringlichkeitsanträge, die heute von der FPÖ eingebracht wurden, hat es mich direkt gewundert, dass man nicht auch einen diesbezüglichen Antrag einbrachte. Es scheint ja so, als wäre die SPÖ kurz vor den Wahlen noch munter geworden.

Zwischenruf GR. Hüttmayr-Punkenhofer: Die Widmung für das Science-Center steht jetzt auf der Tagesordnung!

GR. Ing. Matzinger: Bitte, Frau Kollegin, sind sie vorsichtiger! Das mag ich gar nicht! Da kann ich böse werden! Machen sie das bei den Kindern auch so?

Bgm. Dr. Koits: Beruhigen sie sich wieder!

GR. Ing. Matzinger: Ich brauch' mir doch nicht von einer Lehrerin den Vogel zeigen zu lassen!

GR. Hüttmayr-Punkenhofer: Wie kommen sie denn darauf, dass ich ihnen den Vogel zeigte?

GR. Ing. Matzinger: Na, jetzt bin ich auch noch der Blöde? Das mag ich genauso wenig!

Bgm. Dr. Koits: Ich bitte beide, sich wieder zu beruhigen!

GR. Ing. Matzinger: Wieso beide? Sagen sie doch der Kollegin, dass sie sich entschuldigen soll! Ich wachle ja auch nicht vor der Stirn herum, wenn jemand anderer spricht!

Und dass sie, Herr Bürgermeister, auf dem linken Auge blind sind, das weiß ich!

Bgm. Dr. Koits: Herr Kollege Matzinger, auf solche Äußerungen bekommen sie von mir keine Antwort. Wenn sie innerlich erregt sind, ist das ihre Sache!

GR. Ing. Matzinger: Was? Na überhaupt nicht!

GR. Anreitter: Heute geht es noch einmal lustig zu, bei meiner letzten Sitzung!

GR. Ing. Matzinger: Es ist auch meine letzte Sitzung!

GR. Anreitter: Sehr geehrter Herr Bürgermeister, werte Kolleginnen und Kollegen!

Zuerst einmal etwas zum eigentlichen Tagesordnungspunkt, also der Änderung des Flächenwidmungsplanes für das Science-Center. Es geht sich also nicht mehr aus, das Science-Center vor der Wahl zu eröffnen, andererseits muss ich sagen, dass wir froh darüber sind, wenn es überhaupt kommt. Die Geschichte hiezu ist doch schon eine ziemlich lange und man muss auch sagen, dass das Science-Center nur ein Punkt aus dem Konzept Energiehauptstadt Wels ist, wenngleich es ein sehr großer und wichtiger ist, dem wir stets zustimmten bzw. haben wir dafür Stimmung gemacht. Wir freuen uns somit darüber, wenn jetzt auch die notwendige Flächenwidmung beschlossen werden kann.

Dem Kollegen Matzinger muss ich insofern Recht geben, als auch meine Nichtanwesenheit zuletzt im Ausschuss damit zu begründen ist, dass ich die Einladung zu dieser Sitzung nicht rechtzeitig erhalten habe. Also, wo auch immer in diesem Fall der Fehler lag, man sollte jedenfalls in Zukunft darauf achten, dass die Einladungen rechtzeitig hinausgehen.

GR. Dr. Rabl: Dieser Antrag stellt sozusagen die letzte Möglichkeit dar, nochmals über das Science-Center nachzudenken. Warum soll darüber nochmals nachgedacht werden? Wir alle wissen, dass das Budget der Stadt Wels im Jahr 2010 aus den Rudern laufen wird, beispielweise aufgrund der erhöhten Aufwendungen für das zusätzliche Kindergartenpersonal, aufgrund der zusätzlichen Aufwendungen für die Stadt- bzw. Ordnungswache. Und dieses Projekt wird der Stadt allein 10 Mio. Euro kosten, aber nicht nur das, denn es ist weiters mit Folgekosten von jährlich 1,6 Mio. Euro verbunden.

Wir haben versucht, gleich beim ersten Mal dieses Projekt zu verhindern und beim zweiten Mal haben wir darum ersucht, man möge doch auch einen Wirtschaftsprüfer draufschauchen lassen. Nun ist es so, dass wahrscheinlich in Zusammenhang mit dem Bau des Science-Centers zum letzten Mal etwas im Gemeinderat beschlossen werden muss und diesen heutigen Notanker nützen wir dazu, wieder einmal gegen die Errichtung des Science-Centers zu stimmen. Wir sind nämlich der Meinung, dass Wels kein Science-Center braucht, schon gar nicht zu diesen Konditionen bzw. zu diesen Kosten.

Vzbgm. Hochhauser: Ich danke dem Kollegen Anreitter für seine positive Sichtweise, was das Science-Center betrifft.

Was die Kritik an der verspätet zugegangenen Einladung betrifft, kann ich nur sagen, dass die anderen Ausschuss-Mitglieder sozusagen zeitgerecht bei der Ausschuss-Sitzung waren. Bei diesen anderen Mitgliedern handelt es sich nicht bloß um lauter Magistratsbedienstete, wie man vielleicht meinen könnte, sondern auch um solche, die nicht am Magistrat beschäftigt sind. Vielleicht ist also im Zustellvorgang etwas passiert, das unsererseits nicht vorhersehbar gewesen ist. Sollte beim einen oder anderen tatsächlich erst am Sitzungstag die Einladung zugegangen sein, habe ich kein Problem damit, mich dafür zu entschuldigen, darf aber festhalten, dass keine Absicht dahinter stand. Bei allen anderen Ausschuss-Sitzungen dieser Periode – es gab ungefähr 50 Ausschuss-Sitzungen – hat es diese Probleme nicht gegeben und warum sollten ausgerechnet zur letzten Sitzung solche Unzukömmlichkeiten vorprogrammiert gewesen sein? Es stand also mit Sicherheit keine Absicht dahinter, zumal ja alle anderen Ausschussmitglieder zeitgerecht am Sitzungsort waren.

Kollege Matzinger! Du hast auf die Anträge der Freiheitlichen in Bezug auf die Schaffung günstigen Baulandes hingewiesen und ich kann nur sagen, dass diese Sache Thema dieser letzten Sitzung war, nämlich unter Verweis auf diese Restflächen im Bereich des künftigen Stadions.

Zu dem, was der Kollege Rabl äußerte, denke ich mir, Herr Bürgermeister, dass wir darüber schon des öfteren und das sehr lange diskutierten. Heute wird der nächste Schritt in Richtung Realisierung dieses, wie ich meine, für die Stadt Wels sehr wichtigen Vorzeigeprojektes gesetzt. Diese Bedeutung ist uns allen klar, genauso wie uns die Haltung der Freiheitlichen aus all den vorangegangenen Diskussionen sehr wohl bekannt ist. Somit ersuche ich jetzt den Herrn Bürgermeister um Durchführung der Abstimmung.

Der Antrag zu Punkt 5. der Tagesordnung wird mit

30 Ja-Stimmen (SPÖ-, ÖVP- und GRÜNE-Fraktion)  
gegen 4 Nein-Stimmen (FPÖ-Fraktion)

angenommen.

Vzbgm. Wimmer ist bei der Abstimmung zu Punkt 5. der Tagesordnung nicht im Sitzungssaal anwesend.

6.)

Verordnung des Gemeinderates der Stadt Wels betreffend  
Bebauungsplan Nr. 105/1.19 (Stadtteil: Wels)  
BZ-BauR-3724-2007

Der Antrag lautet nach Vorberatung im Planungs-, Bau- und Wohnungsausschuss am 02.06.2009, der Gemeinderat möge die als Anlage 10 beigefügte Verordnung betreffend Bebauungsplan Nr. 105/1.19 (Stadtteil: Wels) beschließen.

GR. Anreitter: Nachdem ich, wie zuerst besprochen, nicht in der Ausschuss-Sitzung anwesend war, hätte ich gerne gewusst, was es bedeutet, wenn hier von der Errichtung eines Studentenheimes geschrieben steht bzw. alternativ von der Schaffung von Eigentumswohnungen. Wird das ein Studentenheim, werden es Eigentumswohnungen oder kommt beides zusammen?

Vzbgm. Hochhauser: Es ist natürlich ein Studentenheim geplant, es könnte aber auch eine Mischform herauskommen, weil die Rechtsform noch offen steht. Es handelt sich hier um ein Projekt, das schon längere Zeit über in Rede steht und es sollte dieses angesichts des kleinsten gemeinsamen Nenners, der diesbezüglich gefunden wurde, so zur Realisierung kommen.

Der Antrag zu Punkt 6. der Tagesordnung wird

einstimmig angenommen.

7.)

Verordnung des Gemeinderates der Stadt Wels betreffend  
Bebauungsplan Nr. 211/2.6 (Stadtteil: Lichtenegg)  
BZ-BauR-3702-2009

Der Antrag lautet nach Vorberatung im Planungs-, Bau- und Wohnungsausschuss am 02.06.2009, der Gemeinderat möge die als Anlage 11 beigefügte Verordnung betreffend Bebauungsplan Nr. 211/2.6 (Stadtteil: Lichtenegg) beschließen.

Einstimmig angenommen.

8.)

Verordnung des Gemeinderates der Stadt Wels betreffend  
Bebauungsplan Nr. 311/2.6 (Stadtteil: Vogelweide)  
BZ-BauR-3723-2008

Der Antrag lautet nach Vorberatung im Planungs-, Bau- und Wohnungsausschuss am 02.06.2009, der Gemeinderat möge die als Anlage 12 beigefügte Verordnung betreffend Bebauungsplan Nr. 311/2.6 (Stadtteil: Vogelweide) beschließen.

Einstimmig angenommen.

9.)

Ankauf einer Straßenkehrmaschine;  
Auftragsvergabe  
SB-Fu-302-2009

Der Antrag lautet nach Vorberatung im Planungs-, Bau- und Wohnungsausschuss am 02.06.2009:

Die Lieferung einer Kompakt-Straßenkehrmaschine wird zu den Bedingungen und dem Preis des Angebotes vom 05. Mai 2009 um den Bruttobetrag abzüglich Skonto von € 111.720,- an die Firma Toni Kahlbacher GmbH & Co KG, 6370 Kitzbühel, St.-Johanner-Straße 48, vergeben.

Einstimmig angenommen.

10.)

Ankauf eines Vibrationswalzenzuges;  
Auftragsvergabe  
SB-Fu-303-2009

Der Antrag lautet nach Vorberatung im Planungs-, Bau- und Wohnungsausschuss am 02.06.2009:

Die Lieferung eines Vibrationswalzenzuges wird zu den Bedingungen und dem Preis des Angebotes vom 22. Mai 2009 um den Bruttobetrag abzüglich Skonto von € 72.994,44 an die Firma Wirtgen Österreich GmbH, Dr.-Linsinger-Straße 5, 4662 Steyrmühl, vergeben.

Einstimmig angenommen.

Bgm. Dr. Koits dankt für die Berichterstattung.



Berichterstatter Stadtrat Dr. Friedrich Ganzert

Bgm. Dr. Koits. Bevor jetzt die Berichterstattung durch den Kollegen Dr. Ganzert erfolgt, möchte ich festhalten, dass Herr Dr. Ganzert unter Punkt 11. sowohl das Konzept für die Kinder- als auch für die Kleinstkinderbetreuung in einem vorstellen wird, und zwar auch über Ersuchen der Kollegin Huber. Es wurden beide Bereiche in einer gemeinsamen Ausschuss-Sitzung abgehandelt, weil sie ja sehr nahe beisammenliegen.

11.)

Kinder- und Kleinstkinderbetreuung in der Stadt Wels;  
Ausbau und Erweiterung  
KI-KiV-504-2009

Der Antrag lautet nach Vorberatung in der gemeinsamen Sitzung des Kultur-, Schul- und Kindergartenausschusses sowie des Sozial-, Familien- und Jugendausschusses am 04.06.2009:

- a) Die im Amtsbericht (Anlage 13) angeführten Maßnahmen betreffend Ausbau und Erweiterung der Kinderbetreuung und Kleinstkinderbetreuung in der Stadt Wels werden zur Kenntnis genommen.
- b) Der Magistrat der Stadt Wels wird beauftragt, die notwendigen Schritte zur Umsetzung und Sicherstellung des angeführten Ausbaues der Kinderbetreuung und Kleinstkinderbetreuung in der Stadt Wels in die Wege zu leiten.

StR. Dr. Ganzert: So wie bereits vom Herrn Bürgermeister ausgeführt wurde, haben die Kollegin Huber und ich den Sozialausschuss und den Kindergartenausschuss zu einer gemeinsamen Sitzung gebeten, um dort beide Bereiche, die ja eng zusammengehören, in einem zu behandeln. Es kam dort zu einem einstimmigen Ergebnis.

Ich glaube, der heutige Gemeinderatsbeschluss stellt einen großen Meilenstein dar, nämlich in Hinblick auf die Familienentlastung. Seit Jahrzehnten hatten wir so etwas nicht in einer derartigen Form. Es stellt ja ein großes Ziel dar, Beruf und Familie miteinander vereinen zu können und es ist das ein ganz wichtiger Schritt in der Hinsicht, dass die Bildungsvoraussetzungen in Richtung Schuleintritt für alle Welsenerinnen und Welsener noch einmal ein schönes Stück verbessert werden können.

Für die Stadt stellt dieses Vorhaben einen ganz gewaltigen Schritt dar, wofür allerdings auch eine Unterstützung seitens des Landes Oberösterreich erforderlich ist. Und neben der Unterstützung seitens des Landes bedarf es auch einer Unterstützung durch den Bund, denn, wie wir wissen, es hat ja der Nationalrat für die Kinder ab fünf Jahren eine Kindergartenpflicht im Ausmaß von 20 Wochenstunden festgelegt, also für das letzte Jahr vor dem Schuleintritt.

Wir in Wels haben ja eine sehr exakte Elternbefragung durchgeführt, um etwas genauer zu wissen, was wir denn überhaupt brauchen bzw. in welche Richtung die Wünsche der

Eltern gehen. Dabei konnten wir feststellen, dass unsere Ausgangslage an sich keine schlechte ist. Immerhin besuchen das letzte Kindergartenjahr vor Schuleintritt schon jetzt 92 % aller Welsener Kinder. Da gibt es immer eine kleine Bandbreite von Gründen, warum manche Kinder nicht einen Kindergarten besuchen und so gesehen sind wir eigentlich zumindest für das letzte Jahr schon sehr nahe im Bereich von 100 Prozent. Bei den 4- bis 5-jährigen besuchen immerhin 84 % der Welsener Kinder einen Kindergarten und bei den 3- bis 4-jährigen sind es mit 62 % auch schon sehr viele.

Für unsere Planungen war es sehr wichtig zu wissen, welche Wünsche bezüglich Halbtags- und Ganztagsbetreuung bestehen, weil das für den ganzen Betrieb oder Ausbau ein sehr entscheidender Faktor ist. Nun, trotz des Angebotes, kostenlos den Kindergarten besuchen zu können, hat es keinen besonderen Run auf die Ganztagsbetreuung gegeben. Wie sich das in weiterer Zukunft entwickelt, kann allerdings heute noch nicht mit Sicherheit gesagt werden.

Wir haben hier im Amtsbericht darzulegen versucht, welche große Aufgabe auf uns zukommt. Einfach gesagt geht es darum, ab Herbst mit zusätzlich 19 Kindergartengruppen zu beginnen. Davon können 3 Gruppen durch gewisse Umbaumaßnahmen eingerichtet werden, aber für 16 Gruppen ist ganz neu eine Unterbringungsmöglichkeit zu schaffen. Das wirklich zu schaffen, stellt eine gewaltige Aufgabe dar. Wir haben hierüber im Ausschuss diskutiert. Es gibt aber für alle Bereiche eine Lösung, das heißt – die Fixanmeldungen für die Zeit ab Herbst 2009 liegen ja inzwischen schon vor – alle Elternwünsche konnten berücksichtigt werden. Nach den vorliegenden Einschreibungsergebnissen wird es möglich sein, für jedes Kind – den Wünschen der Eltern entsprechend – entweder einen Ganztags- oder Halbtagsplatz bereitzustellen.

Ich möchte jetzt gar nicht mehr im Detail auf das eingehen, was im Amtsbericht steht. Dieser liegt Ihnen allen vor und es ist darin aufgeführt, wie die Dinge im Detail abgearbeitet werden sollen. Man muss sich zwar in einem Zwischenschritt mit Containern behelfen, aber immerhin ist es doch sehr erfreulich, dass schon bis zum Jahr 2012 die problematischen Zwischenlösungen abgebaut werden können. Dazu wird auch der Bau von zwei Kindergärten beitragen. Das Prinzip beim Bau neuer Kindergärten ist nunmehr jenes, dass solche nur mehr unter Einbindung von Krabbelstuben errichtet werden. Das entspricht den Wünschen der Eltern, denn falls es in einer Familie nicht nur ein Kleinkind gibt, musste man zumindest bislang mehrere Ziele anfahren. Für Wels ist das ein wichtiger Schritt, denn damit tritt die Stadt selbst erstmals als Betreiberin von Krabbelstuben auf.

Derzeit wird ja schon im Wege von Ausschreibungen etc. an der Errichtung eines neuen Kindergartens anstelle des bisherigen in der Robert-Koch-Straße gearbeitet. Es werden dort sechs Kindergartengruppen und eine Krabbelstubengruppe eingerichtet und ab dem Kindergartenjahr 2010/11 wird dieser zur Verfügung stehen. Und für Wels-Nord wird es ebenfalls einen neuen Standort geben, nämlich genauso mit sechs Kindergartengruppen und einer Krabbelstube.

Was die Erweiterung der Kleinstkinderbetreuung betrifft, gibt es Gespräche mit privaten Betreibern von Krabbelstuben, insbesondere mit den konfessionellen Betreibern, aber auch mit den Tagesmüttern, dem Hilfswerk und den Kinderfreunden. Diese werden ebenfalls einen Beitrag leisten, damit in Wels entsprechend der Bedarfserhebung vorgegangen werden kann.

Die Personalmaßnahmen sind ebenfalls dem Amtsbericht zu entnehmen. Das Ganze ist mit einem großen Bedarf an neuen oder zusätzlichen Kindergarten-Pädagoginnen verbunden und auch mit Herausforderungen in Bezug auf zusätzliche Helferinnen.

Bereits in der letzten Sitzung hat der Gemeinderat bezüglich Kosten für den Mittagstisch ein sozial gestaffeltes Angebot beschlossen; mit dem erweiterten Mittagstisch kommt auf die Stadt ein großer Aufgabenbereich dazu.

Ich glaube, auch für die Frau Kollegin Huber sprechen zu können, wenn ich sage, dass dieses Konzept mit Recht die Zustimmung aller gefunden hat. Ich als Kindergartenreferent – für die Frau Kollegin trifft das für den Bereich der Kleinstkinderbetreuung genauso zu – bin sehr zufrieden damit, dass jetzt eine Kraftanstrengung für den gesamten Bereich erfolgt und wir nicht womöglich immer wieder nur irgendwelche Teillösungen suchen. Die Lösung erfolgt also in einem großen Schritt und wir lösen damit möglichst rasch ein ziemlich großes Problem für die Eltern bzw. an sozialen oder auch Bildungsfragen. Ich sehe dies als eine der größten Investitionen in die Zukunft von Wels.

GR. Pernkopf: Wir von der ÖVP sehen natürlich den Gratiskindergarten als besonderen Meilenstein, als familienpolitische Notwendigkeit und als richtungsweisende Vorgehensweise.

Nach den Prognosen werden 363 Kinder zusätzlich in 19 Gruppen einen Kindergarten besuchen. Diese Zahlen allein zeigen uns, wie notwendig es ist, den Kindergarten auch als integrationspolitische Maßnahme zu sehen und ein entsprechendes Förderangebot zu machen.

Ganz besonders wichtig ist es, künftig die Kleinstkinderbetreuung in örtlicher Verbindung zu den Kindergärten zu sehen. Ich glaube, es stellt sowohl von der Sachlichkeit her als auch in Bezug auf den Gewöhnungseffekt in Zukunft eine wichtige Vorgangsweise dar, was die Unterbringung beider Einrichtungen in einem Gebäude betrifft.

Natürlich bedeuten 7,8 Mio. Euro ein großes Investment, aber dazu können wir alle miteinander nur ja sagen. Es ist ganz einfach notwendig und wichtig.

Wenn man auch noch 52 Arbeitsplätze berücksichtigt – großteils sehr hoch qualifizierte Arbeitsplätze von Pädagoginnen – dann stellt das meines Erachtens in Zeiten wie diesen eine besondere Maßnahme dar. Es ist das ein Angebot für mehr hochqualifizierte Arbeitsplätze in Wels.

Genauso ist damit für die Bauwirtschaft ein wichtiger Impuls verbunden. Hier kommen also öffentliche Interessen zum Zug bzw. werden diese verstärkt unterstützt. Für den Standort Wels ist also auch damit eine positive Auswirkung gegeben.

Was wir nicht so ganz mittragen können, das ist der Mittagstisch. Das haben wir bereits in vorausgegangenen Debatten zum Ausdruck gebracht. Wir halten den Mittagstisch in dieser Form als überzogen. Letztendlich haben wir aber im Ausschuss den Maßnahmen insgesamt zugestimmt und wir werden das heute ebenfalls gerne tun.

GR. Aigner: Es wurde schon mehrmals betont, dass wir heute einen Meilenstein im Bereich der Jugendbetreuung in der Stadt Wels beschließen. Dazu passt vielleicht auch

der Artikel von heute in einer Tageszeitung, in dem steht: Darf für das Wohl unserer Kinder das nötige Geld fehlen? Für die Stadt Wels können wir berechtigt mit einem Nein antworten. Wir geben sehr wohl das nötige Geld aus und investieren rund 8 Mio. Euro zusätzlich in die Kinderbetreuung, was ja nicht gerade eine Kleinigkeit darstellt. Das sind 8 Millionen für die Kinder, für die Familien, für die Zukunft in unserer Stadt.

Wir haben hier ein Konzept auf dem Tisch liegen, das in Oberösterreich wirklich seinesgleichen sucht. Es wurde innerhalb kürzester Zeit auf die Füße gestellt, nämlich gleich nach der Ankündigung durch unseren Herrn Landeshauptmann, dass es die Gratiskinderbetreuung in Oberösterreich ab Herbst 09 geben würde. Aus meiner Sicht ist es allerdings relativ leicht, locker zu sagen, dass ab Herbst die Kinderbetreuung gratis ist, denn immerhin muss es eine Kommune dann irgendwie schaffen, in solch einer kurzen Zeit bis zum Herbst Mittel und Wege zu finden, um solch eine Ankündigung tatsächlich umsetzen zu können. Ich glaube, mit dem für Wels ausgearbeiteten Konzept können wir wirklich stolz darauf sein, die Umsetzung der Gratis-Kinderbetreuung in so kurzer Zeit gewährleisten zu können, obwohl ja der finanzielle Zuschuss seitens des Landes zur Errichtung von Kindergärten nicht gerade überwältigend ist. Es gibt für Wels lediglich einen Jahreszuschuss für Maßnahmen im Kindergartenbereich im Ausmaß von 130.000 Euro.

Mit dem Stolz, den wir mit diesem Maßnahmenpaket verbinden, dürfen wir auch den Dank und die Anerkennung an unsere Kindergartenabteilung weitergeben. Von dort her schaffte man es tatsächlich, innerhalb so kurzer Zeit etwas anbieten zu können. Wir werden also ab Herbst zusätzlich 363 Kinder betreuen können. Somit werden es ab Herbst 09 insgesamt 1.951 Kinder in den städtischen Kindergärten sein, die dort eine kostenlose Betreuung finden. Künftig werden wir 90 Kindergartengruppen haben und mit diesen Maßnahmen werden auch Arbeitsplätze geschaffen. Wir wollen in Zukunft genauso den sehr hohen Qualitätsstandard im Bereich unserer Kindergärten halten, wie wir ihn bislang hatten.

Zur Kleinstkinderbetreuung möchte ich noch sagen, dass wir meines Erachtens in diesem Bereich ebenfalls auf dem richtigen Weg sind. Es wird in der Puchberger Straße zwei zusätzliche Gruppen geben, und zwar ab nächstem Jahr. Bereits ab Herbst wird in der bisherigen Mutterberatungsstelle Noitzmühle für 10 Kinder eine Gruppe eingerichtet werden können. Aufgrund dieser Maßnahme werden also mindestens 30 Kinder zusätzlich innerhalb eines Jahres unterzubringen sein.

In diesem Zusammenhang muss ich sagen, dass ich es einfach super finde, wenn im Bereich der Kleinstkinderbetreuung die Finanzierung erheblich besser aussieht als im Bereich der Kindergärten. Für die neuen Räumlichkeiten in der Puchberger Straße wird es eine Dreiteilung geben, das heißt, ein Drittel wird die Stadt übernehmen und zwei Drittel kommen aus zwei verschiedenen Töpfen des Landes.

Ebenfalls angesprochen wurde bereits, dass künftig die Stadt einige Krabbelstuben-Gruppen selbst führen wird. Das bedeutet, dass bei Neubauten oder bei der Sanierung bestehender Kindergärten jeweils eine Krabbelstube-Gruppe installiert wird. Das hat insbesondere Vorteile für jene Eltern, die gleich zwei kleine Kinder unterbringen müssen, eines im Kindergarten und eines in der Krabbelstube. Sie können mit dieser Maßnahme beide Kinder in einem Gebäude abliefern. Und der zweite wesentliche Punkt ist, dass jene Kinder, die bereits die Krabbelstube besuchten, das Gebäude eigentlich

schon kennen, wenn sie in weiterer Folge in den Kindergarten wechseln. Daher wird die Eingewöhnung für diese Kinder viel leichter als bisher vonstatten gehen.

Zum Abschluss möchte ich noch betonen, dass wir heute unter Aufwendung beträchtlicher Mittel sowohl für den Kindergarten- als auch für den Krabbelstubenbereich doch einen wesentlichen und richtigen Schritt in die Zukunft machen. Ich hoffe, wir können das alles gemeinsam beschließen.

GR. Dr. Rabl: Der Gratiskindergarten stellt eine Forderung dar, welche die Freiheitlichen schon vor sechs Jahren erhoben haben. Im Land wurde diese Forderung immer wieder von SPÖ und ÖVP weggeschoben. Es bewahrheitet sich aber wieder einmal der Spruch, dass man im Laufe der Zeit gescheitert werden kann, auch bei der SPÖ und bei der ÖVP. Insofern freut es mich nun ganz besonders, dass auf Landesebene dieses Gesetz auf den Weg gebracht wurde und dass nunmehr die Stadt Wels die nötigen Maßnahmen dafür angeht, dieses Gesetz zur Umsetzung zu bringen.

In diesem Zusammenhang darf ich einen Dank an die Beamtenschaft richten, aber auch an den Referenten, der meines Erachtens sehr umsichtig vorging, indem er Fragebögen aussandte, um sich darüber zu informieren, wie denn die Bedarfsverhältnisse tatsächlich liegen. Somit wurde sehr bürgernah an diese Sache herangegangen. Dafür bringen wir ausdrücklich ein Lob an.

Ich glaube, man hat erkannt, dass der Kindergarten eine Ausbildungsstätte ist, eine Frühausbildungsstätte, und zwar insbesondere auch in Bezug auf das Erlernen der deutschen Sprache. Deshalb ist das ebenfalls eine sehr wichtige integrationspolitische Maßnahme, die hier getroffen wird, denn nur wenn man die deutsche Sprache beherrscht, besteht die Möglichkeit, von Anbeginn ein Ausbildungsniveau zu schaffen, das später dazu dient, einen ansprechenden Job zu bekommen und damit gesellschaftlich gleichzuziehen. Somit begrüßen wir natürlich dieses eine verpflichtende Kindergartenjahr vor dem Schuleintritt. Und deshalb begrüßen wir auch alle Einrichtungen, die in diesem Zusammenhang stehen.

Worauf wir hinweisen – das muss man bei dieser Gelegenheit doch betonen – ist der Umstand, dass es natürlich aufgrund der kurzen Zeit, die zur Umsetzung zur Verfügung steht, nicht möglich ist, alle Kinder ganz perfekt unterzubringen, das heißt, zum Teil werden für die Unterbringung Container verwendet. Wünschenswert wäre es natürlich, die Zeit, in welcher die Container benötigt werden, möglichst kurz zu halten, aber dieses Bemühen ist ohnehin auch aus dem Amtsbericht erkennbar.

Was den Mittagstisch betrifft, gibt es gewisse Kontroversen. Wir haben uns ebenfalls der Meinung angeschlossen, dass wir gewisse Vorgangsweisen nicht für sinnvoll oder gut halten. Insgesamt ist aber dem, was hier im Amtsbericht angeführt ist, zuzustimmen.

StR. Dr. Ganzert: Ich möchte mich bei allen Debattenrednern sehr herzlich für ihre Ausführungen bedanken. Möglicherweise wird Herr Kalliauer im Welser Stadtarchiv nachforschen, wer vielleicht doch schon früher, möglicherweise schon vor Jahrzehnten einen Antrag auf den Gratiskindergarten stellte. Ich möchte also eventuellen Meinungsverschiedenheiten hiezu keinen Vorschub leisten und eine eventuelle Aufklärung hiezu dem Archiv überlassen. Bleiben wir also heute einfach dabei, dass es sich um eine positive Sache handelt.

Allen Wohlfühlbedenkern möchte ich sagen, dass es letztlich darum geht, ein System zu schaffen, bei welchem vom Kleinstkind bis hin zu Kindern im Schuleintrittsalter eine durchgehende und schlüssige Betreuung geboten wird. Letztlich gehört zur Betreuung – wir wissen das ja von der Familie her – das gemeinsame Essen. Wir haben es hier mit einer ganzheitlichen Sicht der Dinge zu tun. Und deshalb sind wir von der SPÖ dafür eingetreten, das Essen in einem sozial ausgewogenen Anbot mitzuintegrieren. Meiner Ansicht nach ist das im Rahmen einer ganzheitlichen Betrachtung ein richtiger Schritt.

Ich möchte mich wirklich bei allen bedanken, die an dieser Sache mitgewirkt haben. Ich danke der Kollegin Huber und ihrem Ausschuss, natürlich danke ich meinem eigenen Ausschuss und genauso all jenen, die seitens der Kindergartenverwaltung mitgemacht haben. Das ist wirklich der Meilenstein schlechthin, der gesetzt wird. Und wenn der Kollege Rabl auf die Containerlösung in gewissen Bereichen hingewiesen hat, aber auch auf den Amtsbericht, dann muss man festhalten, dass die Container binnen Jahresfrist schon weg sind und ich glaube, noch schneller geht es nicht.

Insgesamt stellt das eine ganz tolle Anstrengung dar. Ich glaube, wir tun damit sehr viel für unsere Jugend, für die Kinder und auch sehr viel für den Zusammenhalt einer integrierten bzw. gemeinsamen Welser Gesellschaft.

Bgm. Dr. Koits: Ich darf mich den schon gefallenen Dankesworten anschließen. Ich darf feststellen, dass das ein sehr positives Beispiel für die Flexibilität der Damen und Herren Mitarbeiter in den verschiedensten Abteilungen ist.

Der Antrag zu Punkt 11. der Tagesordnung wird

einstimmig angenommen.

Bgm. Dr. Koits dankt für die Berichterstattung.

Berichterstatterin Stadträtin Silvia Huber

12.)

Österr. Kinderfreunde, Bezirksorganisation Wels;  
Umbau und Erweiterung der Krabbelstube in Wels, Puchberger Straße 20;  
Gewährung einer Subvention  
KI-KiV-204-2009

Der Antrag lautet nach Vorberatung im Sozial-, Familien- und Jungendausschuss am 04.06.2009:

Den Österr. Kinderfreunden, Bezirksorganisation Wels, wird zur Durchführung von Umbau und Erweiterung der Krabbelstube im Kinderfreundeheim Puchberg, 4600 Wels, Puchberger Straße 20, eine einmalige Subvention in Höhe von € 297.185,-- gewährt.

Der Nachweis der widmungsgemäßen Verwendung der Subvention ist durch Vorlage von Originalbelegen bis Februar 2011 zu erbringen.

Die Subvention wird in zwei gleichen Teilbeträgen ausbezahlt, wobei die 1. Rate nach erfolgter Beschlussfassung am 01.08.2009, die 2. Rate ab 01.03.2010 zur Auszahlung gelangt.

Einstimmig angenommen.

13.)

Stationäre Seniorenbetreuung in der Stadt Wels;  
Weiterentwicklung  
SO-SenB-100.000-2009

Der Antrag lautet nach Vorberatung im Sozial-, Familien- und Jugendausschuss am 04.06.2009:

- a) Die im Amtsbericht (Anlage 14) angeführte Weiterentwicklung der stationären Betreuungseinrichtungen für Menschen im Alter wird zur Kenntnis genommen.
- b) Der Magistrat der Stadt Wels wird beauftragt, die notwendigen Schritte für die Umsetzung der angeführten Weiterentwicklung der stationären Seniorenbetreuung in der Stadt Wels zu veranlassen.

GR. Aitzetmüller: Dieses Konzept ist ebenfalls ein Meilenstein, nämlich für die Versorgung der älteren Menschen in unserer Stadt, die eine gewisse Pflegebedürftigkeit aufweisen. Ich möchte aber an dieser Stelle anmerken, dass es wichtig ist, auch weiterhin eine mobile Betreuung für ältere Menschen zuhause zu gewährleisten. Es ist jedenfalls der weitere Ausbau der stationären Betreuung notwendig und wir wollen dabei den Weg in Form des Baus etwas kleinerer Häuser beschreiten. Das ist ein Weg, der vor allem Menschen mit Demenzerkrankungen sehr entgegenkommt. Ein wesentlicher Vorteil kleinerer Häuser ist jener, dass diese aufgrund der Überschaubarkeit den Erfordernissen bei der Betreuung von Menschen mit Demenzerkrankung besser entgegenkommen. Es ist bekannt, dass sich kleinere Einheiten positiv auf den Krankheitsverlauf von dementen Leuten auswirken. Da diese Menschen die Hauptadressaten unseres Angebotes künftig sein werden, ist auf deren Bedürfnisse besonders Rücksicht zu nehmen.

Außerdem führt eine dezentrale pflegerische Versorgung in den einzelnen Stadtteilen dazu, dass die Vernetzung mit gesellschaftlichen Strukturen einfacher gestaltet und dass Synergien besser genutzt werden können. Soziale Kontakte zur früheren Wohnumgebung sind somit leichter möglich als bei einer dezentralen Unterbringung in einem Heim.

Die Zahl an demenzerkrankten Pflinglingen in Altenheimen nimmt ständig zu. In der Hälfte aller oberösterreichischen Heime liegt der Anteil von Bewohnern mit demenziellen Erkrankungen schon zwischen 51 und 75 Prozent. Daraus folgt, dass, wie die

Frau Kollegin Stadträtin Huber bereits ankündigte, die Stadt Wels zwei Pilotprojekte in Angriff nehmen möchte. Es sind das WG's für demenzkranke Menschen und wir können feststellen, dass diesbezüglich die Stadt Wels wieder einmal Vorreiterin ist. Gerade Wohngemeinschaften für ältere Menschen mit Demenzerkrankung stellen eine Alternative zur herkömmlichen Versorgung dar. Diese Wohnform orientiert sich an einer normalen Wohnumgebung in einem Mehrpersonen-Haushalt. Das Zusammenleben ist also am Familienleben orientiert. Und die notwendige Pflege- und Betreuungsleistung ist im Prinzip genauso organisiert, wie diese in einem Privathaushalt erfolgt, nämlich durch die mobile Altenhilfe.

Neben den neu sanierten Heimen der Bruderliebe und der Diakonie, dem Alten- und Pflegeheim Neustadt sowie dem entstehenden Pflegeheim Vogelweide wird mit zwei weiteren neuen Häusern und den Pilotprojekten eine sehr hochwertige Versorgung unserer älteren Menschen sichergestellt. Wels wird wieder einmal ihrem Ruf als soziale Stadt gerecht.

GR. Wartinger: Auch wir finden den Ausbau der Alten- und Pflegeheime sehr wichtig. Das schließt natürlich die neuen Wohnformen für Demenzkranke mit ein. Ich möchte jetzt aber nicht alles wiederholen, was bereits von Frau Gemeinderätin Aitzetmüller erwähnt wurde.

Uns ist allerdings beim Studium des Amtsberichtes aufgefallen, dass die Berechnungen für das betreute Wohnen sehr ähnlich sind. Von 2000 auf 2015 sind es nur 20 Personen, für die ein zusätzlicher Bedarf errechnet wurde. Wir finden, dass man mehr Augenmerk auf das betreute Wohnen legen müsste bzw. wäre dieses mehr in den Vordergrund zu rücken.

Natürlich ist auch die Altenfachbetreuung sehr wichtig und es sollte größtes Augenmerk darauf gelegt werden, dass Menschen so lange wie nur möglich zuhause leben können bzw. die nötige Betreuung erhalten, die das ermöglicht.

GR. Kroiß: Ich habe gelesen bzw. im Referat gehört, dass die Seniorenbetreuung zu den wichtigsten Herausforderungen gehört, denen sich die Stadt Wels aktuell und in Zukunft zu stellen hat. Wir Freiheitlichen können dieser Aussage nur zustimmen. Die Menschen werden aufgrund der enormen Fortschritte der Medizin und aufgrund der verbesserten Lebensumstände immer älter und sie bleiben auch länger in ihren Wohnungen. Aber irgendwann ist doch einmal der Zeitpunkt gekommen, zu welchem aufgrund des gestiegenen Pflegebedarfs ein Verbleib in der eigenen Wohnung nicht mehr möglich ist bzw. sind ambulante Dienste oder Tageszentren nicht mehr ausreichend, um die nötige Versorgung sicherstellen zu können. Hier ist die Stadt Wels gefordert, es zu ermöglichen, dass die Menschen in eine entsprechende Betreuungseinrichtung wechseln können, um sehr wohl ein menschenwürdiges Leben führen zu können.

Der Ist-Zustand im Bereich der stationären Betreuung ist ja im Amtsbericht sehr gut angeführt und wir Freiheitlichen werden diesem Tagesordnungspunkt die Zustimmung geben. Wir sind ebenfalls der Ansicht, dass der Weg, von den großen Häusern ab- und zu kleineren Häusern hinzukommen, der richtige ist. Ältere Menschen finden sich in kleineren Häusern leichter bzw. schneller zurecht.



Genauso halten wir es für richtig, eine Aufteilung der Häuser über das ganze Stadtgebiet durchzuführen, weil damit die familiären oder die sozialen Kontakte trotz Heimaufenthalts relativ leicht gepflegt werden können und dies für das Wohlbefinden der älteren Menschen sehr wichtig ist.

Wir möchten aber darauf hinweisen, dass in Zusammenhang mit der weiteren Ausweitung der Seniorenbetreuung enorme Kosten auf die Stadt Wels zukommen. Hier ist aber nicht nur die Stadt Wels, sondern auch das Land Oberösterreich gefordert. Es werden vom Land ebenfalls entsprechende Mittel zur Verfügung zu stellen sein.

Ebenfalls betonen möchten wir, dass für uns neben dem Ausbau der stationären Einrichtungen die mobile Altenhilfe, die Hauskrankenpflege und die Tageszentren ganz, ganz wichtige Einrichtungen darstellen. Es ist halt ganz wichtig, dass die älteren Menschen so lange wie nur möglich zuhause wohnen bzw. zuhause bleiben können. In dieser Hinsicht ist das barrierefreie Bauen eine ganz wichtige Sache, weil Hindernisse, die für uns „Junge“ kein Problem sind, für ältere Menschen sehr schnell zu einem großen Problem werden können. Dazu gehört, dass der nachträgliche Lifteinbau forciert gehört. Gerade in Wels gibt es sehr viele dreistöckige Häuser ohne Lift, wo die Leute kaum noch aus ihren Wohnungen herauskommen und es somit kaum mehr schaffen, auf die Straße zu gelangen.

Weiters könnte ich mir vorstellen, das wir es vielleicht schaffen, ältere Leute, die vielleicht in Pflegestufe 3 oder 4 hineinfallen und noch immer zuhause gepflegt werden, von der Stadt Wels her noch besser zu unterstützen. Es ist doch so, dass ältere Leute in Pflegestufe 3 oder 4 einen erhöhten Aufwand haben, beispielsweise an Windeln oder medizinischem Pflegematerial. Das belastet die Mülltonnen sehr stark. Oder es gibt einen erhöhten Bedarf in Bezug auf die Reinlichkeit, wie ich es einmal nenne darf; das schlägt sich in einem erhöhten Wasserbedarf nieder. Vielleicht schaffen wir es also, die älteren Leute bei Bewältigung ihrer erhöhten Bedürfnisse zu unterstützen. Eines ist nämlich klar: Solange die älteren Leute zu Hause sind, ist das für die Kommune erheblich billiger als der Aufenthalt in einer Betreuungseinrichtung.

Insgesamt werden wir aber diesem Tagesordnungspunkt gern unsere Zustimmung geben.

GR. Ing. Matzinger: Der Kollege Klinghuber würde sich freuen, könnte er mitbekommen, was wir heute beschließen. Er war derjenige, der schon vor über sechs Jahren diese Sache gepredigt hat. Jedenfalls würde er seine Freude damit haben und es ist wirklich schön, dass das Thema des Älterwerdens so intensiv behandelt wird.

Zuerst wurde schon erwähnt, dass das betreubare Wohnen sehr wichtig ist. Gott sei Dank sind nicht alle Älteren dement und nicht so pflegebedürftig, dass sie nicht mehr ihre vier Wände verlassen können. Es gibt ziemlich alte Leute – ich denke jetzt beispielsweise an meine Mutter, die in den nächsten Tagen 90 Jahre alt wird und jede Gelegenheit nutzt, um in der Stadt herumzusausen – die einem nahebringen, dass es für sie nicht gerade erstrebenswert ist, irgendwo an den Stadtrand hinausgesiedelt zu werden, das heißt, ihnen ist es bedeutend lieber, mehr im Zentrum der Stadt eine Betreuung zu finden. Speziell das Pensionistenheim in der Linzer Straße, wie es früher hieß, kann man als sehr stadtnahe bezeichnen und ich meine, wir sollten bei jeder Gelegenheit daran denken, ob es nicht möglich wäre, weiter derartige Einrichtungen direkt im Stadtzentrum bauen zu können. Vielleicht gibt es wieder einmal ein Problem

mit Häusern, die seinerzeit für irgendetwas anderes gebaut wurden, beispielsweise als Einkaufszentrum, als Möbelhaus etc. Ich denke hier an ein Haus an der Pollheimerstraße, das abwechselnd be- und entsiedelt wird. Es gibt weiters eine Baulücke am Ring. Ich glaube, es war der Kollege Stieger, der einmal daran dachte, dass man dort ein Projekt „betreutes Wohnen“ verwirklichen könnte. Diese Baulücke gibt es seit ewig und drei Tagen, das heißt, es geschieht nichts damit. Wir sollten jedenfalls darauf schauen, dass die alten Menschen im Zentrum betreut wohnen können und sie keine weiteren Wege haben, um sich irgendetwas besorgen zu können. Es ist ja auch so, dass wir an Sonntagen noch immer keinen öffentlichen Linienverkehr haben und was haben die Menschen davon, wenn sie immer noch relativ mobil sind, aber irgendwo in einem Seniorenheim draußen in Laachen wohnen, das zwar schön und ruhig liegt, aber wo sie andererseits maximal das Gras wachsen hören können; sonst ist dort nichts Besonderes zu erleben. Das ist also im Zusammenhang mit dem Älterwerden von Menschen auch etwas, das man einmal stärker andenken könnte.

Zwei Dinge fallen mir noch ein. So steht überall, dass der Kaiser-Josef-Platz zur Gänze an der Oberfläche neu gestaltet werden soll. Ich bitte darum, auch an jene Menschen zu denken, die im Rollstuhl über die Pflastersteine rumpeln müssen. Wenn sie das eine Stunde machen, dann ist wahrscheinlich das Kreuz, das sie eh kaum noch spüren – sonst säßen sie ja vermutlich kaum im Rollstuhl – endgültig lahm. Herr Bürgermeister! Probieren sie es einmal und lassen sie sich mit einem Rollstuhl über den Kaiser-Josef-Platz und diverse Gehsteige fahren. Am Ende des Tages werden sie nicht mehr wissen, wie ihnen im Kreuz ist. Neben der Barrierefreiheit – etwa bezüglich der abgeschrägten Gehsteigkanten – ersuche ich somit darum, auch über dieses Anliegen in Bezug auf die Rollstuhlfahrer nachzudenken.

Der Kollege Kroiß hat das Lifthema angesprochen. Wir haben ein Haus, das in der Innenstadt sehr beliebt ist, nämlich das Semmelturm-Hochhaus. Dort wohnen sehr viele alte Menschen und es gibt in diesem Hochhaus das Riesenproblem, dass nur jedes zweite Geschoß barrierefrei ist. Die wenigsten wissen, dass das in seiner Gestaltung ein sehr eigenartiges Haus ist. Unten im Erdgeschoß kommt man ziemlich gut hinein, aber dann ist es so, dass nur der 3., 5., 7., 9., 11. und 13. Stock über einen Lift verfügt, das heißt, die Stockwerke dazwischen sind immer nur über das Stiegenhaus zu erreichen. Kann man also einmal überlegen, ob es nicht möglich wäre, in den Stockwerken mit gerader Nummer eine Lifttür einzubauen? Ich bin davon überzeugt, dass das mit einigem guten Willen und einer entsprechenden Förderung seitens der Stadt ginge. Damit hätten jene Leute, die in den Stockwerken mit gerader Zahl wohnen, eher die Möglichkeit, in ihren Wohnungen zu bleiben, wenn sie einmal nicht mehr so gut zu Fuß unterwegs sind. Sie bräuchten kein Auto, um irgendwelche Geschäfte oder Einrichtungen ansteuern zu können, denn von dort aus wären sie ja mitten im Geschehen. Das wäre vielleicht eine Idee, eine wesentliche Verbesserung in diesem Bereich herbeizuführen.

StR. Huber: Ich darf mich für diese wirklich positiven Wortmeldungen bedanken, auch für die Anregungen.

Zu den Ausführungen des Kollegen Kroiß darf ich sagen, dass natürlich das Pflegegeld auch für jene da ist, die an Inkontinenz leiden und einen erhöhten Bedarf an Windeln haben, wobei andererseits – da gebe ich dir Recht – das Pflegegeld einfach zu gering ist.

Zur Kollegin Wartinger darf ich Folgendes sagen. Liebe Gitti, es wäre schön, könnten wir in Wels noch mehr im Bereich des betreubaren Wohnens machen, aber es ist hier so wie im Bereich der Alten- und Pflegeheime. Wir sind hier mit der Anzahl der Plätze an den Bedarfs- und Entwicklungsplan gebunden, welchen uns das Land vorgibt und nach dem in weiterer Folge die Unterstützungsmittel gemessen werden. Wir können also nicht viel über die vorgegebene Zahl gehen, weil sonst bekommen wir die benötigten Förderungsmittel nicht. Wir reklamieren uns aber ständig hinein und werden sicher dranbleiben, um vielleicht noch mehr tun zu können.

Ich danke der Kollegin Aitzetmüller, die die Dinge genau auf den Punkt brachte. Die an Demenz erkrankten Menschen stellen für uns die Herausforderung in Zukunft dar.

Herr Kollege Matzinger! Von deiner Wortmeldung können wir sicher einiges mitnehmen. Ich wusste allerdings nicht, dass der Kollege Klinghuber so visionär war wie ich und die Frau Magister Geck, wobei ich an dieser Stelle der Frau Magister Geck, Herrn Magister Urban und allen anderen, die an diesem Konzept mitwirkten, ein herzliches Dankeschön sage. Jetzt bitte ich nur noch um Beschlussfassung.

Der Antrag zu Punkt 13. der Tagesordnung wird

einstimmig angenommen.

Bgm. Dr. Koits dankt für die Berichterstattung.

Berichterstatter Stadtrat Roland Strassl

14.)

Dynamisches Parkleitsystem Wels – Installierung;  
Auftragsvergaben  
BZ-VerkR-079-2009

Der Antrag lautet nach Vorberatung im Verkehrsausschuss am 26.05.2009:

1. Die Lieferung und Leistung für die Installierung des „Dynamischen Parkleitsystems in Wels“ wird an die Siemens AG, Abteilung Traffic Solutions Urban, Erdbergerlande 26, 1031 Wien, aufgrund des Angebotes vom 13.05.2009 unter Berücksichtigung eines 9,5-prozentigen Rabattes zum Preis von € 254.033,56 inkl. 20 % MWSt. vergeben.
2. Die Lieferung und Leistung für die Herstellung der Stromanschlüsse für die Installierung des „Dynamischen Parkleitsystems in Wels“ wird an die Wels Strom GmbH, 4600 Wels, Stelzhamerstraße 27, aufgrund des Angebotes vom 13.05.2009 zum Preis von € 12.782,40 inkl. 20 % MWSt. vergeben.

3. Die Lieferung und Leistung für die Installierung des „Dynamischen Parkleitsystems in Wels“ wird an die Elektrizitätswerk Wels AG, 4600 Wels, Stelzhammerstraße 27, aufgrund des Angebotes vom 13.05.2009 zum Preis von € 99.046,07 inkl. 20 % MWSt. vergeben.

Bgm. Dr. Koits führt aus, dass er soeben einen Abänderungsantrag (Anlage 15) der FPÖ bzw. von Herrn Dr. Rabl erhalten habe und bringt diesen zur Kenntnis.

(Hiebei geht es um eine Präzisierung der Auftragsvergabe im Punkt 1. des Beschlussantrages insofern, als nicht die „Lieferung und Leistung für die Installierung des Dynamischen Parkleitsystems“, sondern die „Lieferung und Leistung des dynamischen Parkleitsystems“ vergeben werden soll.)

StR. Strassl: Der Kollege hat durchaus Recht. Wir haben schon zuerst darüber gesprochen und ich muss sagen, dass die Formulierung etwas missverständlich erscheint. Beim Punkt 1. des Beschlussantrages geht es darum, dass von der Firma Siemens die Hard- und Software geliefert werden soll – auch die Inbetriebnahme ist durch Siemens vorgesehen – und die EWW AG führt dann die Erschließung bis zu den Kästen sowie den Leitungsbau durch. Sie haben Recht, dass in Bezug auf die Beschlusspunkte 1. und 3. ein Missverständnis entstehen könnte und es ist sicher nichts einzuwenden, wenn wir den Beschluss so ändern, wie das von Dr. Rabl vorgeschlagen wird.

GR. Kroiß: Wir Freiheitlichen werden diesem Antrag zustimmen, weil wir ebenfalls der Meinung sind, dass dieses „Dynamische Parkleitsystem“ ein Projekt für die Zukunft ist. 366.000 Euro sind zwar sehr viel Geld, aber wir glauben, dass dieses gut investiert sein wird. Man muss sich beispielsweise vorstellen, dass die Messe Wels durch immer mehr Veranstaltungen auch immer mehr Besucher nach Wels bringt, und da sind die Oberflächenparkplätze allesamt ausgelastet. Erfahrungsgemäß ist es aber so, dass die Autofahrer sozusagen zu den Parkgaragen geführt werden müssen, damit sie überhaupt dieses Angebot an Stellplätzen annehmen. Dabei soll eben das „Dynamische Parkleitsystem“ helfen.

Unser Wunschgedanke wäre allerdings jener, dass man in naher Zukunft auch Oberflächenparkplätze einbezieht. Vielleicht schaffen wir es wirklich schon in naher Zukunft, beispielsweise den Adlerstraße-Parkplatz einzubeziehen oder auch die Plobergerstraße bzw. die Freieung hin zur Musikschule, denn dort fahren immer wieder Autos rein und man sucht oft verzweifelt einen Parkplatz, weil eben alles voll ist. Es wäre also gut, könnte man diese genannten Bereiche in das System einbinden.

Vorerst werden jetzt hinsichtlich dieser fünf Parkgaragen oder Parkhäuser 1.300 Parkplätze erfasst. Ich habe allerdings nichts davon gelesen, ob die Parkplätze einen Kostenbeitrag zu leisten haben. Nachdem wir in diesem Zusammenhang sehr viel Geld in die Hand nehmen, meine ich, dass wir auch die Parkgaragenbetreiber in die Pflicht nehmen sollten.

Insgesamt bin ich ebenfalls der Meinung, dass dieses System dazu beitragen kann, einen gewissen Teil des Staus oder der Abgase in der Innenstadt zu vermeiden und es insbesondere für die Kaufmannschaft von Vorteil ist, wenn der Verkehr fließt und es nicht dauernd Staus gibt, weil eben die Autofahrer nach Parkplätzen suchen. Wir werden also, wie schon gesagt, diesem Antrag zustimmen.

GR. Mag. Humer: Auch wir von der SPÖ-Fraktion können uns diesem Vorhaben anschließen. Es freut mich vom Kollegen Kroiß, dass er dieser Sache so positiv gegenübersteht.

Sieht man sich jene Städte an, wo solche „Dynamischen Parkleitsysteme“ bereits installiert sind, teilweise schon seit vielen Jahren, denke ich mir, dass wir künftig sowohl beim Suchverkehr als auch bei den Rückstaus Verbesserungen erreichen. Das ist doch etwas ganz Wesentliches und für mich selbst kann ich sagen, dass ich solche Parkleitsysteme ganz bewusst nütze, wenn ich in eine fremde Stadt komme.

Insgesamt möchte ich zur Tätigkeit im Verkehrsausschuss unter dem Vorsitz von Gemeinderat Buttinger sagen, dass wir in den letzten Jahren sehr viel weiterbrachten. Das Innenstadt-Verkehrskonzept wurde intensiv mit Fachleuten diskutiert bzw. haben wir uns zu dessen Erstellung sehr viel Zeit genommen. Wir haben allerdings nicht nur diskutiert, das heißt, wir haben dann dieses Konzept konsequent umgesetzt.

Ich darf mich aber auch bei Herrn Stadtrat Strassl bedanken. Es ist das heute seine letzte Gemeinderatssitzung und ich kann sagen, dass sowohl die Zusammenarbeit mit dem Vorsitzenden, Herrn Gemeinderat Buttinger, als auch mit dem Verkehrsstadtrat sehr positiv geprägt war. Es schadet meines Erachtens nicht, auch danke gegenüber anderen politischen Fraktionen oder gegenüber Referenten aus anderen Fraktionen zu sagen. Ich glaube, wir haben sehr viel weitergebracht.

Ich weiß schon, dass die Freiheitlichen dort und da meinten, wir würden etwas nachmachen, aber ich vertrete die Auffassung, dass wir sehr wohl neue Ideen einbrachten und dass wir sehr viel umgesetzt haben. Dieses Parkleitsystem birgt, wie der Name sagt, etwas Dynamisches in sich und wir wollen auch in weiterer Folge im Verkehrsbereich immer dynamisch sein. In den letzten sechs Jahren ist uns meines Erachtens, wie schon gesagt, sehr viel gelungen.

GR. Mag. Springer: Herr Stadtrat Strassl hat die Einladung an uns GRÜNE gerichtet, ebenfalls diesem „Dynamischen Parkleitsystem“ die Zustimmung zu geben und ich darf sagen, dass wir dieser Maßnahme sehr wohl zustimmen, weil wir es natürlich als sinnvoll betrachten, wenn der Parkplatzsuchverkehr eingedämmt wird. Trotzdem darf ich dazu noch Anregungen bringen.

Es muss in jedem Fall ein langfristiges Ziel darin gegeben sein, dass die Parkplätze in den Parkhäusern und Tiefgaragen insgesamt besser genutzt werden als jene an der Oberfläche. Es sollte damit erreicht werden, dass durch eine bessere Auslastung in den Parkhäusern und Tiefgaragen im Bereich der Innenstadt sonst an der Oberfläche auf den einen oder anderen Parkplatz verzichtet werden kann, um eben bessere Gestaltungsmöglichkeiten vorzufinden. Und deshalb sollte in nicht allzu ferner Zukunft die Preisgestaltung ebenfalls in diese Richtung wirken. Optimal wäre meiner Meinung nach ein einheitlicher Preis für alle Parkplätze an der Oberfläche und in den Parkhäusern bzw. unter der Erde. Damit wäre jeder Parkplatz gleich viel wert und man könnte wirklich guten Gewissens die Autofahrer in die Parkgaragen und Parkhäuser schicken.

Vor ca. 1 ½ Jahren trug uns jemand verschiedene Vorschläge zur Innenstadtgestaltung vor und ein Kernsatz seiner Aussage war jener: Ihr habt ja einen wunderschönen Stadtplatz, aber der Stadtplatz ist kein Parkplatz. Und in dieser Richtung sollten wir uns meines Erachtens in Zukunft bewegen.

StR. Strassl: Herr Kollege Springer, sie sehen mich fast sprachlos. Jedenfalls bedanke ich mich für diese angekündigte Zustimmung seitens der GRÜNEN, bedanke mich aber auch für ihre Anregungen. Sie haben wirklich Recht. Man wird über kurz oder lang versuchen müssen, möglichst viele Parkplätze in Parkhäuser oder unter die Erde zu bringen, um eben Flächen an der Oberseite, die nicht mehr unbedingt für das Abstellen von Fahrzeugen benötigt werden, für gestalterische Maßnahmen freizubekommen. Da haben sie tatsächlich Recht und es muss in irgendeiner Form Ziel einer Stadt sein, diese Vorstellung erfüllt zu bekommen. Insgesamt brauchen wir natürlich genug Abstellflächen, das heißt, wir dürfen diese nicht einfach wegzaubern, aber so wie in anderen Städten, wo das zum Teil der Fall ist, stellt es durchaus auch unser Ziel dar, zentrumsnahe möglichst viele Fahrzeuge in diese Parkhäuser und Tiefgaragen hineinzubringen. Derzeit gibt es ohnehin noch Kapazitäten und mit Hilfe dieses „Dynamischen Parkleitsystems“ wird eben danach getrachtet, diese Parkhäuser und Tiefgaragen entsprechend auszulasten.

Ich danke dem Kollegen Humer für seine aner kennenden Worte. Es stimmt, dass wir im Verkehrsausschuss immer wieder ganz tolle Diskussionen hatten und genauso haben wir dieses Parkleitsystem gemeinsam betreut bzw. beschlossen.

Zu den Ausführungen des Kollegen Kroiß möchte ich sagen, dass er an sich Recht hat, wenn er meint, die Parkhausbetreiber sollten etwas dazu beitragen, es ist aber ohnehin so, dass sie etwas beitragen. Wir haben uns dazu entschlossen, für jene, die sozusagen von Anfang an dabei sind, dieses spezielle Steuergerät von unserer Seite her zur Verfügung zu stellen, wer aber in weiterer Folge dazu kommt, muss für die Erweiterung selbst zahlen. Und erst heute haben wir mit den Betreibern diskutiert und festgehalten, dass ab jenem Bereich, wo man nach außen ins Internet geht bzw. dass für das, was sich sozusagen im Parkhaus selbst abspielt – die Software etc. – sehr wohl von den Parkhausbetreibern gezahlt wird. Es gibt einen alten Spruch, der lautet: Kostet es nichts, dann ist es nichts wert! Nun, wir wollten einen Anreiz dafür geben, dass sich möglichst viele von Anfang an beteiligen, aber geht es um eine Erweiterung – die Firma Siemens hat uns bestätigt, dass es im Prinzip möglich ist, unbegrenzt zu erweitern – so wird derjenige, der dazu kommt, selbst zahlen müssen.

Es erscheint in weiterer Folge auch möglich, Oberflächenparkplätze in das System einzubeziehen. Wir haben das ursprünglich angedacht, aber das wäre technisch eine sehr schwierig zu lösendes Problem gewesen. Wir wollten jedoch mit der Fertigstellung im Bereich des Innenstadtkonzeptes auch dieses Parkleitsystem aktivieren. So sind es eben jetzt einmal fünf Parkhäuser bzw. Tiefgaragen, aber es ist nicht gesagt, dass damit künftig nicht zusätzlich Parkhäuser oder Oberflächenparkplätze eingeschlossen werden könnten. Weitere Interessenten werden allerdings einen größeren Beitrag zu leisten haben, weil sie ja auch in die Erweiterung des Steuergerätes investieren müssen.

Ich glaube, es kommt nicht ganz überraschend, wenn wir sagen: Lassen wir doch einmal das System anlaufen, erweitern können wir noch immer.

Abgesehen davon meine ich, dass es auch notwendig sein wird, im Marketingbereich etwas zu tun. Persönlich glaube ich, dass es durchaus positiv angenommen wird, wenn man den Leuten zeigt, wo etwas frei ist und wenn sie dementsprechend sozusagen dem System nachfahren können. Denken sie doch einmal daran, was sie selbst machen, wenn sie in eine andere größere Stadt kommen. Da suchen sie genauso diese

dynamischen Wegweiser und fahren in die vorgeschlagene Garage hinein, womit sie eigentlich dann kein Problem mehr haben. Es wird vielleicht schon Aufgabe des nächsten Gemeinderates sein, dieses hoffentlich einwandfreie System durch entsprechende Marketingmaßnahmen zusätzlich zu unterstützen.

Die Abstimmungen zu Punkt 14. der Tagesordnung bringen folgende Ergebnisse:

Der Abänderungsantrag (Anlage 15) von GR. Dr. Rabl wird

einstimmig angenommen.

Der Hauptantrag wird ebenfalls

einstimmig angenommen.

Bgm. Dr. Koits übergibt den Vorsitz an Vzbgm. Wimmer.

15.)

Neuerrichtung der Schiffermüllerbachbrücke (Sanzinstraße);  
Grundsatzbeschluss  
BauD-BauB-401-2009

Der Antrag lautet nach Vorberatung im Verkehrsausschuss am 26.05.2009:

Die Neuerrichtung der Schiffermüllerbachbrücke (Sanzinstraße) wird mit einer Gesamtkostensumme von ca. € 78.000,-- inkl. MWSt. grundsätzlich genehmigt.

Einstimmig angenommen.

Vzbgm. Wimmer dankt für die Berichterstattung.

GR. Mag. Holter verlässt die Sitzung um 16.32 Uhr.

Berichterstatter Stadtrat Dr. Bernhard Wieser

16.)

Beschluss des Gemeinderates der Stadt Wels, mit dem Richtlinien zur Förderung von Umweltschutzmaßnahmen in Wels neu erlassen werden  
(Umweltschutzmaßnahmen-Förderungsrichtlinien 2009)  
BauD-U-4-2009

Der Antrag lautet nach Vorberatung im Umwelt-, Energie- und Feuerwehrausschuss am 04.06.2009, der Gemeinderat möge die als Anlage 16 beigefügten Umweltschutzmaßnahmen-Förderungsrichtlinien 2009 beschließen.

GR. Anreitter: Wir werden natürlich diesen neuen Förderungsrichtlinien zustimmen. Ich freue mich ausdrücklich darüber, dass nun doch eine so gute Förderung kommen wird. Denke ich allerdings zurück, muss ich sagen, dass wir doch schon gewisse Diskussionen bezüglich der Höhe der zur Verfügung gestellten Förderungsmittel hatten. Im Amtsbericht steht dazu etwas verharmlosend, dass es seit 2001, als erstmals der Einsatz erneuerbarer Energie gefördert wurde, eine steigende Anzahl von Anträgen hiezu gegeben hat, wobei ich deshalb von „verharmlosend“ spreche, weil es nicht lange dauerte, bis es zu einer radikalen Kürzung des zur Verfügung stehenden Gesamtbetrages kam. Das muss an dieser Stelle ebenfalls erwähnt werden. Jetzt sind wir schön langsam wieder dort, wo wir schon einmal mit diesen Förderungsmitteln waren, vielleicht auch ein bisschen darüber.

Vzbgm. Wimmer: Sehr deutlich darüber!

GR. Anreitter: Mag sein, dass wir jetzt wieder deutlich darüber liegen. Jedenfalls gab es Anfang des Jahrtausends eine Drittelung der Mittel insgesamt, worüber es einiges an Diskussionen gab, allerdings war wegen einer Erhöhung nichts zu machen. Wir sind aber froh darüber, dass man im Laufe der Jahre doch wieder auf den richtigen Weg zurückfand.

Wir sehen in diesen neuen Förderungsrichtlinien mit der deutlichen Förderung der verschiedenen Maßnahmen einen Sinn und werden deshalb gern zustimmen.

Vzbgm. Hochhauser: Ich denke, dieser heutige Beschluss stellt wirklich den richtigen Weg in die von uns grundsätzlich eingeschlagene Richtung dar, nämlich die erneuerbare Energie vermehrt und nachhaltig dort einzusetzen, wo das den Welserrinnen und Welsern tatsächlich wirksam erscheint und sie selbst merken, dass sinnvolle Investitionen in die Zukunft getätigt werden oder wurden.

Ich denke mir, nicht nur die Verdoppelung der ursprünglich für heuer vorgesehenen Förderungsmittel von 60.000 Euro – ganz genau stehen heuer 124.000 Euro zur Verfügung – ist als deutliches Zeichen des Finanzreferenten zu verstehen. An dieser Stelle sei ihm dafür gedankt und es ist festzustellen, dass diese erhöhten Mittel doch sehr sinnvollen Maßnahmen zugute kommen. Unsere Förderungsmittel stehen sozusagen in einem Dreiklang, nämlich mit den Bundesförderungsmitteln, die es noch bis Jahresende geben wird und mit den Landesförderungsmitteln, die es für ähnliche oder gleiche Maßnahmen nach jetzigem Stand ebenfalls bis Jahresende gibt.

Neben den dargestellten Einsparungsmöglichkeiten bei diversen Energiearten ist mir auch jener Bereich wichtig, der den sozialen Wohnbau betrifft, sprich den genossenschaftlichen Wohnbau. Es ist in diesen Förderrichtlinien vorgesehen, dass eventuelle Anträge im Bereich des sozialen Wohnbaus nicht exakt von vornherein mit bestimmten Beträgen oder Prozentsätzen bedacht sind, sondern dass auf grundsätzlicher Basis dieser Richtlinien individuelle Förderungszusagen gemacht werden können. Denken wir beispielsweise daran, dass im Osten der Stadt, im Bereich der Ingeborg-Bachmann-Straße, die WSG ihre gesamte Siedlungsanlage an die Fernwärme, die von der EWW



AG geliefert wird, anschließt und es gibt auch anderweitig, beispielsweise seitens der Welser Heimstättengenossenschaft die Überlegung, die Fernwärme noch verstärkt einzusetzen.

Wir wissen anhand diverser Aufzeichnungen, dass in Zusammenhang mit dem Setzen energiesparender Maßnahmen Einsparungen bei den Betriebskosten im Bereich von einem Viertel, sogar bis zu einem Drittel möglich sind. Gerade bei den Wohnhäusern in der Noitzmühle, wo solche Maßnahmen schon gesetzt wurden, ist das nachvollziehbar und die Bewohner freuen sich darüber, dass sie monatlich weniger an Miete zu zahlen haben.

Alles in allem denke ich, dass es sich hier um einen wirklich guten bzw. richtungsweisenden Beschluss handelt, der nicht zuletzt auch aufgrund einer Initiative der SPÖ-Gemeinderatsfraktion zustande kommt.

Der Antrag zu Punkt 16. der Tagesordnung wird

einstimmig angenommen.

17.)

Initiativantrag der FPÖ-Gemeinderatsfraktion betreffend Senkung der Abfallgebühren nach der Abfallgebühren-Verordnung 2001 der Stadt Wels  
DI-Verf-161-2009

StR. Dr. Wieser: In der Begründung für diesen Antrag, die ja ebenfalls schriftlich vorliegt, steht, dass die Wirtschaftskrise auch auf den Bereich des Konsums seine Auswirkungen zeigt. Meldungen in der Presse besagen, dass die Leute schon im Bereich der Lebensmittel und der Bekleidung zu sparen beginnen. Wir denken, die Stadt Wels sollte diese Erscheinungen ernst nehmen und schauen, ob sie nicht dort, wo sie selbst zu den Verursachern der Belastungen der Haushalte zählt, einen Beitrag zur Entlastung der einzelnen Haushalte leisten könnte.

An dieser Stelle ist die Abfallgebühr Gegenstand des Antrages. Wir haben hier pro Jahr Einnahmen in Höhe von etwa € 5,4 Mio. und Ausgaben von ca. € 4,3 Mio. Grundsätzlich gibt es hierzu rechtliche Bestimmungen, die vorsehen, dass bei den Gebühren der Städte und Gemeinden eine Kostendeckung möglich ist. Das heißt also, dass dort, wo die Kommunen eine Monopolstellung haben, nicht irgendeine Art von Steuer über die Bürger hereinbrechen darf, sondern vielmehr das Kostendeckungsprinzip anzuwenden ist. In der Stadt Wels wird aber diese Vorgabe bei weitem überschritten und ich denke mir, es ist hier ein Spielraum vorhanden, das heißt, es sollte möglich sein, Beschlüsse auf Senkungen zu fassen, welche die Leute wirklich spüren.

Wir haben uns ja nicht nur Gedanken darüber gemacht, wie man allenfalls Gebühren senken kann, sondern es ist ein wichtiger Vorschlag unsererseits – wir haben das schon einmal beantragt – in Wels einen städtischen Rechnungshof einzuführen, wobei es ja ähnliche Beispiele schon in anderen Städten gibt. Dieser Rechnungshof sollte sich

unter anderem damit beschäftigen, Einsparungspotenziale im Bereich des Magistrates auszuloten und dann der Politik entsprechende Maßnahmen vorzuschlagen. Ziel der Sache wäre beispielsweise, dass im Zuge der Realisierung von Einsparungsvorschlägen allenfalls ein Ausgleich für Gebühren- oder Einnahmensenkungen erzielt werden kann.

Wir waren ja in der Stadt Wels in letzter Zeit nicht zimperlich, was die Gebühren betrifft. Erst vor kurzem kam wieder jemand zu mir und ich kann nur sagen, dass ich für diverse Klagen großes Verständnis habe. Es hat mir derjenige eine Vorschreibung über die Friedhofstarife gezeigt und es ist tatsächlich so, dass gegenüber dem letzten Tarif vor zehn Jahren für ein doppeltes Wandgrab eine Tarifsteigerung von 170 Prozent eingetreten ist. Ich glaube, wir haben bei den Friedhofstarifen etwas über das Ziel hinausgeschossen bzw. liegen wir damit ganz schön über diesem Kostendeckungsprinzip.

Vzbgm. Wimmer: Ich bitte darum, Herr Stadtrat, bei der Sache zu bleiben!

StR. Dr. Wieser: Na ja, das Prinzip, über das ich hier spreche, ist ja in beiden Fällen das gleiche. Ich darf also auch bezüglich Friedhof daran erinnern, dass es teilweise für unsere Bürger wirklich nicht nachvollziehbar ist, was wir da vorschreiben. Ich denke, wir sollten uns zusammensetzen und darüber nachdenken, wie wir unsere Tarife und Gebühren doch etwas vernünftiger als bisher gestalten könnten.

In diesem Sinn bzw. aufgrund der eingangs schon dargelegten Begründung darf ich sie also ersuchen, diesem Antrag die Zustimmung zu geben.

Vzbgm. Wimmer: Bevor ich der Frau Gemeinderätin Maitner das Wort erteile, die sich schon gemeldet hat, darf ich sie darüber informieren, dass von der ÖVP-Gemeinderatsfraktion ein Abänderungsantrag eingebracht wurde. Eigentlich ist das aus meiner Sicht fast ein neuer Antrag. Dieser lautet wie folgt:  
„Ab dem nächstmöglichen Zeitpunkt wird die Nutzung der Biotonne der Welser Bevölkerung kostenlos gewährt.“

GR. Maitner zur Geschäftsordnung: Ich schlage vor, beide Anträge, also den ursprünglichen Initiativantrag und den Abänderungsantrag, an den Umweltausschuss zur weiteren Beratung zuzuweisen.

Vzbgm. Wimmer: Ich danke und halte fest, dass wir der Ordnung halber zuerst über die Zuweisung des Abänderungsantrages an den Umweltausschuss und anschließend über die Zuweisung des Hauptantrages abstimmen.

Die Abstimmungen über den Geschäftsordnungsantrag von GR. Maitner bringen folgende Ergebnisse:

In getrennter Abstimmung werden zuerst der Abänderungsantrag der ÖVP (Anlage 18) und anschließend der als Anlage 17 beigefügte Hauptantrag (Initiativantrag der FPÖ) dem Umweltausschuss zur weiteren Beratung mit

29 Ja-Stimmen (SPÖ-, ÖVP- und GRÜNE-Fraktion)  
gegen 4 Nein-Stimmen (FPÖ-Fraktion)

zugewiesen.

Bgm. Dr. Koits ist bei der Abstimmung über o.a. Anträge nicht im Sitzungssaal anwesend, GR. Mag. Holter hat bereits die Sitzung verlassen.

Vzbgm. Wimmer dankt für die Berichterstattung.

Berichterstatter Gemeinderat Gerhard Kroiß

18.)

Initiativantrag der FPÖ-Gemeinderatsfraktion betreffend Senkung der Parkgebühren, Verschiebung des Beginns der Gebührenpflicht und Einführung einer Gratisparkstunde (Novelle der Parkgebühren-Verordnung der Stadt Wels 2001)  
DI-Verf-162-2009

GR. Kroiß: In letzter Zeit wurde immer wieder bzw. mehr oder weniger laut über die Verringerung der Parkgebühren diskutiert. Wir sagen: Jetzt ist es endlich an der Zeit, Nägel mit Köpfen zu machen. Es ist ja so, dass es für die angestammten Geschäfte der Innenstadt immer schwieriger wird, sich gegen die Einkaufszentren am Stadtrand zu behaupten. Dabei wäre es allerdings falsch, alle gegebenen Probleme auf die Einkaufszentren überzuwälzen. Als ein Grund für die Beliebtheit der Einkaufszentren weiter draußen ist aber nun einmal die hohe Parkgebühr in der Innenstadt zu sehen, und das in Verbindung mit den intensiven Kontrollen durch die Parkwächter. Es wurden zwar im Laufe der Zeit einige Erleichterungen wie das Handy-Parken oder auch verschiedene Parkmünzen eingeführt, aber wir meinen, dass es damit in Zeiten wie diesen nicht genug ist. Eine Stunde gratis parken in Verbindung mit günstigeren Parktarifen, das wäre der richtige Weg, um wieder mehr Kunden in die Innenstadt zu bringen. Darüber hinaus soll die Beginnzeit für die Parkgebühr auf 09.00 Uhr verlegt werden, weil ja sowieso 90 Prozent der Innenstadtgeschäfte erst um 09.00 Uhr öffnen, nicht schon um 08.00 Uhr.

Geschätzte Kolleginnen und Kollegen! Wir sollten gemeinsam die Bemühungen der Innenstadtkaufleute um mehr Kundenfrequenz unterstützen. Derzeit kostet das einstündige Parken einen Euro, wobei die Gebühren-Kurzparkzone von 8 bis 12 und von 13.30 bis 18 Uhr gilt. Die Stadt Wels nimmt durch diese Parkgebühren inklusive Strafgelder sehr viel Geld ein, nämlich rund 1,4 Mio. Euro im Jahr. Wir wissen natürlich, dass die Überwachung der Gebührenzone sehr viel Geld kostet, aber unter dem Strich bleibt immer noch ein sehr großer Gewinn für die Stadt übrig. Und auch bei einer Senkung der Parkgebühr auf 70 Cent pro Stunde, bei einer Verschiebung des Beginns der Gebührenpflicht auf 09.00 Uhr und einer Stunde gratis parken bliebe immer noch ein Gewinn für die Stadt Wels, weil ja damit verbunden mehr Kunden in die Innenstadt hereinkämen. Die Kunden wüssten, dass sie zwar etwas zu zahlen haben, dass sie aber auch eine Stunde zum Gratisparken bekommen. Wir stellen uns das so vor, dass man entweder eine halbe oder eine ganze Stunde des Gratisparkens dazu bekommt. Wir wollen haben, dass man bis 40 Cent eine halbe Stunde und ab 50 Cent eine ganze Stunde dazu bekommt.

Der Zweck der Parkgebühren sollte ja nicht darin bestehen, dass die Stadt einen möglichst großen Gewinn lukriert, sondern dass ein entsprechender Parkplatzumschlag gewährleistet ist und damit möglichst viele Kunden einen Parkplatz finden.

Es hat auch schon die SPÖ kundgetan, dass über die Parktarife eine Attraktivierung der Innenstadt gegeben sein kann und sie hat auch schon medial die Zustimmung für eine Verringerung der Parkgebühren signalisiert.

Wir sollten aber in diesem Zusammenhang weiter gehen und die Auslastung der Gebührenparkplätze überprüfen. Es soll und darf doch nicht sein, dass einzelne Straßenzüge wie die Volksgartenstraße tagtäglich leerstehen, weil die Leute einfach nicht gewillt sind, für so weit abseits gelegene Parkplätze eine Gebühr zu zahlen. Und wichtig ist für uns darüber hinaus, dass dem Handel rasch geholfen wird. Heute haben wir die letzte Sitzung dieser Funktionsperiode des Gemeinderates und wenn über Antrag der Kollegin Maitner auch dieser Initiativantrag einem Ausschuss zur weiteren Beratung zugewiesen wird, dann können wir im Endeffekt erst im Spätherbst darüber abstimmen und es kann von einer raschen Hilfe nicht mehr gesprochen werden. Ich ersuche sie daher, diesem Antrag die Zustimmung zu erteilen.

Der Antrag (Anlage 19) zu Punkt 18. der Tagesordnung wird bei

4 Ja-Stimmen (FPÖ-Fraktion)  
gegen 29 Nein-Stimmen (SPÖ-, ÖVP- und GRÜNE-Fraktion)

abgelehnt.

Bgm. Dr. Koits ist bei der Abstimmung zu Punkt 18. der Tagesordnung nicht im Sitzungssaal anwesend, GR. Mag. Holter hat die Sitzung bereits verlassen.

Vzbgm. Wimmer dankt für die Berichterstattung.

Berichterstatter Gemeinderat Dr. Andreas Rabl

19.)

Initiativantrag der FPÖ-Gemeinderatsfraktion betreffend Senkung des Hebesatzes der Grundsteuer (Novelle der bezüglichen Verordnung der Stadt Wels)  
DI-Verf-163-2009

GR. Dr. Rabl: Der nächste Antrag stellt eine weitere Initiative für eine Entlastung der Bürger dar. Es geht hier um die Grundsteuer, die eine sogenannte Gemeindesteuer darstellt und somit ausschließlich der jeweiligen Gemeinde zugute kommt. Hier hat die Gemeinde die Möglichkeit, den Hebesatz, welcher sich derzeit in Wels auf 500 Prozent stellt, zu steigern oder zu senken.

Die Stadt Wels steht offenbar zur Zeit finanziell derart gut da, dass sie ein Großprojekt nach dem anderen finanzieren kann. Ich rede beispielsweise von einem Fußballstadion, das wir nicht brauchen oder von einem Science-Center, das wir ebenfalls nicht brauchen. Das sind Investitionen, die weit über 30, 40 oder sogar 50 Millionen hinausgehen und die zusätzliche Folgekosten nach sich ziehen. Statt den Bürgern in schwieriger Zeit eine Entlastung zukommen zu lassen und darüber nachzudenken, wie man den Konsum ankurbeln könnte, investiert man, obwohl man weiß, dass diese Investitionen nicht den Bürgern zugute kommen, unter Umständen nicht einmal den in Österreich angesiedelten Unternehmen, sondern vielleicht sogar internationalen Konzernen, weil nämlich diese riesigen Aufträge europaweit ausgeschrieben werden müssen.

Wir haben uns deshalb darum bemüht, den Welsern tatsächlich Geld zukommen zu lassen, beispielsweise in Form der Senkung der Grundsteuer. Diese Maßnahme ist in jeder Weise verträglich und gerecht für die Begünstigten. Es profitieren davon nicht nur die Grundeigentümer, sondern auch die Mieter, die ja sozusagen im Umweg diese Grundsteuer tragen müssen. Wir sind also der Meinung, dass derzeit eine solche Senkung Not tut und diese Maßnahme für die Stadt selbst verkraftbar ist. Die einzelnen Bürger hätten damit verbunden mehr Geld in der Tasche. Insgesamt – unsere heutigen drei Vorschläge zusammengenommen – wären es 150 Euro im Jahr gewesen und es ist nur traurig, dass die beiden vorhin behandelten Anträge abgelehnt wurden bzw. ist ja wie im Fall der Müllgebühren eine Zuweisung des Antrages an den Ausschuss – in der letzten Sitzung vor einer Wahl – gleichbedeutend mit einer Ablehnung des Antrages, denn dieser muss ja nach der Wahl neu eingebracht werden.

Vzbgm. Wimmer: Ich stelle fest, dass es zu diesem Punkt keine Wortmeldungen gibt und wir deshalb gleich zur Abstimmung kommen.

GR. Dr. Rabl: Ich hätte noch gern ein Schlusswort!

Vzbgm. Wimmer: Wir sind schon bei der Abstimmung!

GR. Dr. Rabl: Ich bin nicht gefragt worden, ob ich ein Schlusswort haben möchte und darf deshalb zum Ausdruck bringen, dass ich ein solches sehr wohl haben möchte.

Vzbgm. Wimmer: Den Vorsitz habe ich, lieber Kollege Rabl!

GR. Ing. Matzinger: Ja, jetzt haben wir wieder diese Panzersituation!

Vzbgm. Wimmer: Wir stimmen jetzt ab!

Der Antrag (Anlage 20) zu Punkt 19. der Tagesordnung wird bei

4 Ja-Stimmen (FPÖ-Fraktion)  
gegen 28 Nein-Stimmen (SPÖ-, ÖVP- und GRÜNE-Fraktion)

abgelehnt.

Bgm. Dr. Koits und GR. Reindl-Schwaighofer sind bei der Abstimmung zu Punkt 19. der Tagesordnung nicht im Sitzungssaal anwesend, GR. Mag. Holter hat die Sitzung bereits verlassen.

GR. Dr. Rabl: Das ist schon sehr bedauerlich, wie hier vorgegangen wird.

GR. Ing. Matzinger: Das ist ja eine Frechheit! Hermann, du bist ein Wahnsinn!

Vzbgm. Wimmer: Lieber Kollege Matzinger, du bist jetzt nicht am Wort!

GR. Ing. Matzinger: Das ist mir wurst!

Vzbgm. Wimmer: Dann erteile ich dir einen Ordnungsruf!

GR. Ing. Matzinger: Den nehme ich mit dem Ausdruck des Bedauerns zur Kenntnis.

GR. Dr. Rabl: Ich hoffe, es wird zur Protokoll genommen, dass ich kein Schlusswort bekommen habe.

Vzbgm. Wimmer: Das wird zu Protokoll genommen!

GR. Dr. Rabl: Eine Aufsichtsbeschwerde wird sich wohl nicht rentieren?

Vzbgm. Wimmer: Na ja, wäre vielleicht auch einmal interessant.

GR. Ing. Matzinger: Und eine Schulung für Vorsitzende!

20.)

Initiativantrag der FPÖ-Gemeinderatsfraktion betreffend Koppelung von Sozialleistungen an den Integrationsfortschritt bei Ausländern  
DI-Verf-164-2009

GR. Dr. Rabl: Beim gegenständlichen Antrag geht es darum, dass die Stadt Wels massive Probleme bei der Integration von Ausländern hat. Das Ausländerproblem ist meines Erachtens das dringlichste, das wir überhaupt in Wels haben. Die Stadt Wels hat dieses Problem insbesondere wegen der Führung durch die SPÖ bisher praktisch nicht behandelt. Die Mittel, die dafür zur Verfügung gestellt wurden, sind eigentlich nur als lächerlich anzusehen. Ich kann immer wieder nur sagen, dass lediglich 40.000 Euro zusätzlich zur Verfügung gestellt wurden. Das ist ein dermaßen lächerlicher Betrag, dass dieses Problem von uns immer mehr in den Mittelpunkt gerückt werden muss, um die Politik, insbesondere die SPÖ wachzurütteln. Ich glaube, sogar der Kollege Reindl-Schwaighofer ist mittlerweile draufgekommen, dass nicht alle nur gut und lieb sowie mit allen Rechten auszustatten sind, sondern dass es auch – das fordern wir ein – Pflichten gibt. Es sind die Pflichten im Rahmen eines Integrationskonzeptes, die auch dazu führen müssen, dass jemand, der völlig integrationsunwillig ist – das gibt es leider immer öfter – auf Sozialleistungen zu verzichten hat.

Ich weiß schon, dass die Stadt Wels nicht so viele Sozialleistungen vergibt und deshalb schrieben wir ja in unseren Antrag hinein, dass man auch Kontakt mit dem Land aufnehmen soll, das ja aufgrund landesgesetzlicher Basis doch sehr viele Sozialleistungen vergibt. Es kann doch nicht sein, dass dann, wenn jemand nach fünfjähriger Anwesenheit in Österreich noch immer kein Wort Deutsch kann bzw. nicht imstande ist, ein ordentliches Gespräch in deutscher Sprache zu führen, wenn jemand ständig das Christentum verhöhnt oder wenn, wie in Wien, die Nikolausbesuche in den Kindergärten nicht mehr stattfinden können, weil das gewissen Leuten nicht gefällt oder weil damit irgendwelche Gefühle verletzt werden könnten .....

(Zwischenrufe!)

Ich weiß schon, dass man das in der SPÖ nicht gerne hört, aber die Realität lässt sich halt nicht verleugnen. Wäre es nicht so, wie ich das schildere, würde doch der Herr Bürgermeister nicht alle zwei Wochen das Integrationsforum einberufen. Dort gehörten wirklich einmal grundlegend verschiedene Probleme behandelt, aber leider passiert dort in dieser Richtung nicht besonders viel. Ich muss also immer wieder im Gemeinderat mein Wort erheben, um publik zu machen, dass das Integrationsproblem nach wie vor besteht.

Und wir haben für heute den Antrag eingebracht, die Sozialleistungen der Stadt für Integrationsunwillige zu streichen. Wir stellen also diesen Antrag zu Diskussion

GR. Anreitter: Es stimmt, dass die Integration zum Thema schlechthin im Laufe der letzten Jahre geworden ist. Das ist gar keine Frage. Und ich denke mir ebenfalls, dass der finanzielle Einsatz seitens der Stadt demnächst wesentlich gesteigert werden sollte, um vielleicht doch die angesprochenen Probleme, die allerdings zum Teil hochgespielt werden, besser in den Griff zu bekommen.

Zum vorliegenden Antrag sagen wir aber nein. Wie soll man denn eigentlich den angesprochenen Integrationsfortschritt messen? Soll vielleicht geprüft werden, ob einer schon jodeln oder schuhplatteln kann? Ich muss gestehen, dass ich beides selbst nicht kann und es stellt sich deshalb die Frage, welche Konsequenzen das eventuell für mich hätte.

Es ist sicher so, dass das Integrationsthema in den letzten Jahren etwas zu stark im Hintergrund war bzw. wurde es nicht so beachtet, wie das geschehen hätte sollen. Wir GRÜNEN wissen ebenfalls, dass es in diesem Bereich Probleme gibt, aber wir denken, dass dieser Antrag keinen Ansatz zur Lösung der Problematik darstellt.

Vzbgm. Wimmer: Ich stelle fest, dass keine weitere Wortmeldung vorliegt und darf jetzt zum Vorausgegangenen noch etwas erklären, wobei das sicher auch als kleine Nachhilfe für Herrn Dr. Rabl gesehen werden kann.

Der Begriff des Schlusswortes lässt sich dahingehend erklären, dass damit der Sinn verbunden ist, am Ende einer Debatte dem Berichterstatter die Möglichkeit zu geben, eine abschließende Erklärung abzugeben. Jetzt hat sehr wohl eine Debatte stattgefunden und daher erteile ich dem Herrn Dr. Rabl nunmehr das Schlusswort.

GR. Dr. Rabl: Ich danke dem Hermann Wimmer für diese Nachhilfe. Ich habe sie nicht benötigt!

Vzbgm. Wimmer: Dann eben der Matzinger!

GR. Dr. Rabl: Das macht aber ohnehin nichts, denn das eigentliche Problem besteht ja darin, dass die SPÖ, falls wir einen Antrag einbringen, sowieso nie etwas dazu sagt. So gesehen hätte ich nie ein Schlusswort. Somit forderte ich ein Schlusswort ein, obzwar es gar keine Debatte gab. Insgesamt scheint es offenbar so zu sein, dass der SPÖ jene Themen, die wir zur Sprache bringen, nicht wichtig genug sind, um darauf einzugehen.

Jetzt komme ich zur Wortmeldung des Kollegen Anreitter, die für mich irgendwo bezeichnend ist. Mittlerweile haben nämlich selbst die GRÜNEN erkannt, dass die Integration in Wels nicht funktioniert. Sogar die GRÜNEN haben erkannt, dass das jenes Problem ist, welches in Wels am dringlichsten ist.

An den kleinen Zwischenbemerkungen des Kollegen Wimmer, die ich so mitbekommen habe, ist zu erkennen, dass die von mir genannte Zahl, also die 40.000 Euro, durchaus stimmt. Hätte dieser Betrag nicht gestimmt, hätte er das sicher lautstark zu erkennen gegeben.

Es ist schon interessant, warum hier eine derartige Diskussionsverweigerung stattfindet. Im Integrationsausschuss konnte ja die SPÖ einer derartigen Vorgangsweise noch etwas abgewinnen, aber jetzt im Gemeinderat äußern sich dazu weder die Vertreter der SPÖ noch jene der ÖVP. Immerhin sind das die Probleme, welche die Leute draußen bewegen, aber hier nicht einmal zu sagen, warum man dafür oder dagegen ist, das stellt in meinen Augen schon ein Armutszeugnis dar. Ich erlebe dies allerdings nicht zum ersten Mal in diesem Gemeinderat. Andererseits wundert mich das auch nicht, weil zwar in den Zeitungen immer steht, was der Herr Bürgermeister so alles tut oder die Stadt, geht es aber darum, über diese Dinge in einem Gremium zu diskutieren, das an sich dafür da ist, dann hört man seitens der SPÖ genaugenommen gar nichts mehr. Wie ich schon sagte, tut mir das leid, aber man muss auch diese Vorgangsweise zur Kenntnis nehmen. Der Bürger wird wohl in weiterer Folge wissen, wie er zu entscheiden hat.

Vzbgm. Wimmer: Es ist zu beobachten, dass sich Herr Dr. Rabl immer ärgert, wenn wir etwas sagen, er ärgert sich aber genauso, wenn wir nichts sagen.

Jetzt kommen wir zum Abstimmung.

Der Antrag (Anlage 21) zu Punkt 20. der Tagesordnung wird bei

4 Ja-Stimmen (FPÖ-Fraktion)  
gegen 30 Nein-Stimmen (SPÖ,- ÖVP- und GRÜNE-Fraktion)

abgelehnt.

GR. Mag. Holter ist bei der Abstimmung zu Punkt 20. der Tagesordnung nicht mehr in der Sitzung anwesend.

Vzbgm. Wimmer dankt für die Berichterstattung.



Dringlichkeitsantrag der SPÖ-Gemeinderatsfraktion, betreffend Abänderung (Novelle) zum Oö. Spielapparate- und Wettgesetz:

Vzbgm. Wimmer: Ich möchte einleitend vom Vorsitz her einen Vorschlag unterbreiten.

Der nächstfolgende Dringlichkeitsantrag der SPÖ-Fraktion beschäftigt sich ebenfalls mit den Wettbüros bzw. geht es dort um den Betrieb der Lokalitäten. Und bei diesem nächsten Antrag hat sich insofern eine redaktionelle Änderung ergeben, als die Oö. Landesregierung „in Abstimmung mit dem Stadtpolizeikommando Wels“ ersucht werden soll, den Betrieb von Wettlokalen regelmäßig auf die Einhaltung diverser Maßnahmen oder Bestimmungen zu überprüfen.

Weiters würde ich darum ersuchen, in die folgende Debatte gleich beide Anträge einfließen zu lassen, wobei dann über die Anträge eine gesonderte Abstimmung erfolgen soll.

Vzbgm. Dr. Ploier-Niederschick: Ich bin froh darüber, dass jetzt diese Ergänzung seitens des Vorsitzenden angeregt wurde.

Es ist ja zum einen richtig, dass es aufgrund der großen Anzahl von Wettbüros immer wieder zu massiven Beschwerden seitens der Bevölkerung kommt. Ebenfalls richtig ist, dass die Landesregierung die Genehmigungsbehörde für Wettbüros ist, die Einhaltung der Bestimmungen oder die Überprüfung dieser Lokalitäten liegt aber klar und deutlich bei der lokalen Verwaltungsbehörde, in diesem Fall bei der Bundespolizeidirektion Wels.

Insgesamt sind wir ebenfalls der Meinung, dass man sich, was die Abänderung diverser gesetzlicher Bestimmungen betrifft, grundsätzlich Gedanken machen sollte. Es erscheint richtig, wenn man sich seitens des Amtes der Oö. Landesregierung mit den regionalen Behörden zusammensetzt und eine Ist-Analyse verfasst, um dann in weiterer Folge zu schauen, wie man dieses Spielapparate- und Wettgesetz entsprechend anpassen kann.

Jedenfalls werden wir beiden Dringlichkeitsanträgen, die sich mit diesen Wettbüros befassen, zustimmen.

GR. Kroiß: Ich bin doch schon ziemlich lang im Gemeinderat und habe anscheinend unsere Macht unterschätzt. Ich hätte nämlich nicht geglaubt, dass wir für solche Dinge extra zwei Anträge im Gemeinderat benötigen, das heißt, man hätte meines Erachtens einfach beim Amt der Landesregierung anrufen und sagen können, in welcher Weise wir in Wels beim einen oder anderen Wettbüro ein Problem haben.

Abgesehen davon glaube ich, dass die Landesregierung der falsche Adressat ist, wenn es um Beschwerden der Nachbarschaft geht. Gemeint ist hier wohl die Lärmbelästigung vor dem Lokal und nicht drinnen, weil es den Nachbarn wohl egal sein wird, was sich drinnen abspielt. Ich bin also der Meinung, dass für solche Lärmbelästigungen vor einem Lokal das SPK Wels zuständig ist und nicht die Landesregierung.

Insgesamt wäre es aber wahrscheinlich sinnvoller gewesen, hätten sie als Bürgermeister einmal angerufen und gesagt, dass wir Beschwerden wegen dieser und jener Sache haben.

Ein Vorschlag meinerseits wäre jener, künftig in Zusammenhang mit solchen Beschwerden die Ordnungswache einzusetzen, damit diese eventuell beruhigend einwirkt.

Wir werden beiden Anträgen zustimmen, ich muss aber eingestehen, dass ich es selbst nicht wusste, dass für Wettbüros die Genehmigungsbehörde keine Sperrstunden festlegen kann. Ich war bisher der Ansicht, dass das wie bei jedem anderen Gasthausbetrieb möglich sein würde.

GR. Weidinger: Der Kollege Kroiß hat schon angedeutet, dass es immer wieder Kompetenzprobleme gibt. Das Stadtpolizeikommando ist jemand anders als die Bundespolizeidirektion und ich hoffe, das ist hier bekannt.

Ansonsten muss ich dem Kollegen Kroiß Recht geben. Falls es um ein bestimmtes Wettbüro gegangen ist, hätten auch wir von der Welser Polizei reagieren können, das heißt, es würde dieses ganzen Prozederes nicht bedürfen.

Und der Kollege Kroiß hat zum Schluss hin die neue Ordnungswache angesprochen. Ich meine ebenfalls, dass wir diese mit einer gewissen Überwachung oder Kontrolle betrauen könnten. Es gibt ja von Seite der zuständigen Magistratsabteilung immer wieder das Ersuchen an die Polizei, eine Kontrolle der Automaten in den Wettbüros durchzuführen und ich meine, das wäre durchaus ein Aufgabengebiet für die Ordnungswache.

Vzbgm. Wimmer: Zu diesen Vorschlägen muss ich doch betonen, dass die Ordnungswache der Stadt Wels nicht alle Aufgaben der Bundespolizei Wels übernehmen kann, das heißt, ein bisschen müsst ihr schon noch selbst tun.

Der Dringlichkeitsantrag (Anlage 1) wird

einstimmig angenommen.

Dringlichkeitsantrag der SPÖ-Gemeinderatsfraktion, betreffend Überprüfung des Betriebs von Wettlokalen:

Vzbgm. Wimmer: Wir haben ja zuerst schon diesen Dringlichkeitsantrag in Hinblick auf die Durchführung der nötigen Überprüfungen mitbehandelt.

Was jetzt diese redaktionelle Änderung betrifft, hat es Wortmeldungen gegeben, die nicht unbedingt ganz eindeutig waren. Um diesem Dilemma zu entgehen, sage ich ganz einfach, dass diese Überprüfungen in „Abstimmung mit der Polizei Wels“ erfolgen sollen.

Der Dringlichkeitsantrag (Anlage 2) wird

einstimmig angenommen.

Dringlichkeitsantrag der SPÖ-Gemeinderatsfraktion, betreffend Nutzungskonzept für Tennishalle Rosenau:

Vzbgm. Wimmer: Ich darf festhalten, dass auf diesen Antrag schon zu Beginn der Sitzung eingegangen wurde und jetzt keine Wortmeldung mehr vorliegt.

Der Dringlichkeitsantrag (Anlage 3) wird mit

28 Ja-Stimmen (SPÖ-, FPÖ- und GRÜNE-Fraktion)  
bei 6 Stimmenthaltungen (ÖVP-Fraktion)

angenommen.

GR. Mag. Holter ist bei der Abstimmung über o.a. Dringlichkeitsantrag nicht mehr in der Sitzung anwesend.

Dringlichkeitsantrag der SPÖ-Gemeinderatsfraktion, betreffend Einführung und Abwicklung einer Welser Jugend-Mobilitätskarte:

Vzbgm. Wimmer stellt fest, dass auch dieser Dringlichkeitsantrag (Anlage 4) so wie alle anderen Dringlichkeitsanträge schon zu Beginn der Sitzung vom Bürgermeister zur Kenntnis gebracht wurde.

GR. Wiesinger: Die Jugend-Mobilitätskarte an sich stellt ja nichts Neues dar, denn es gibt diesbezüglich schon vom Land her eine Initiative. Ich hätte aber doch noch ein paar grundsätzliche Anmerkungen.

Ich gehe davon aus – wenn es zur Annahme dieses Antrages kommt – dass hierüber im Jugendausschuss noch näher gesprochen wird. Und so möchte ich vorweg darauf hinweisen, dass man auch die Bundesbahnen einbinden sollte, denn diese gehören wohl beim Thema Mobilität dazu.

Was mir bei dieser Sache noch ziemlich unklar ist, das ist die Frage, wie hier eine Abrechnung funktionieren soll. Kann man beispielsweise von dieser Karte Abbuchungen vornehmen oder ist diese Karte als Block zu sehen, von dem man bestimmte Werte abreißen kann? Wie also diese Sache in letzter Konsequenz aussehen soll, das gehörte meines Erachtens noch näher erörtert, wofür der Jugendausschuss da ist.

Vzbgm. Wimmer: Ich danke und verweise auf Punkt 2. des Antrages, in welchem genau aus dem jetzt von Gemeinderat Wiesinger genannten Grund steht: „Der Magistrat der Stadt Wels wird beauftragt, die Grundlagen für die Einführung und Abwicklung einer Welser Jugend-Mobilitätskarte zu schaffen.“

Und natürlich ist die Idee, den öffentlichen Personennahverkehr in diese Aktion einzubinden, gut und unterstützenswürdig.

GR. Dr. Rabl: Es ist eigentlich unglaublich, welche Aktivität die SPÖ in der letzten Gemeinderatssitzung dieser Funktionsperiode entfaltet. Wir erledigen heute mehr SPÖ-Anträge als in den ganzen sechs Jahren bisher. Irgendwo freut mich dies, weil das ein bisschen zur Belebung des Gemeinderates beiträgt. Außerdem liegt es doch im Wesen der Demokratie, Anträge einzubringen. Auf der anderen Seite muss man etwas an der Ernsthaftigkeit dieser Anträge zweifeln. Wenn man nämlich erst in der letzten Sitzung und fast schon mitten im Wahlkampf hergeht und Geschenke verteilt – wir haben schon eine solche Ankündigung vernommen, die dann nicht eingehalten werden konnte – dann fehlt es eben an der Glaubwürdigkeit.

Wenn hier beispielsweise im Antrag steht, dass der Magistrat beauftragt wird, die Grundlagen für die Einführung der Mobilitätskarte zu schaffen, dann heißt das genau genommen noch gar nichts.

Das Zweite, was mir eigentlich eine noch größere Sorge macht, das ist die Begründung. Da steht: „Selbstbestimmt mit Gleichaltrigen in Kontakt zu treten, ist für den Ablösungsprozess vom Elternhaus und die Ausgestaltung der eigenen Identität wichtig und ein zentrales Bedürfnis.“ Also, wenn man will, dass sich bereits 15-jährige von ihrem Elternhaus ablösen und wenn man dies als zentrales oder wichtiges Instrument hierfür betrachtet, dann muss ich schon die Frage stellen, wie wichtig eigentlich die Familie der SPÖ ist. Aus meiner Sicht ist es keinesfalls zielführend und sinnvoll, schon mit 15 Jahren einen Ablösungsprozess vom Elternhaus einzuleiten. Und das mit der Einführung einer Mobilitätskarte in Verbindung zu bringen, ist eigentlich traurig und für mich nicht nachvollziehbar.

Wie ich schon sagte, ist es insgesamt sicher gut, wenn auch von der SPÖ Anträge eingebracht werden, aber die Glaubwürdigkeit hinsichtlich der Durchsetzung ist speziell in diesem Fall wirklich fraglich. Man versucht offensichtlich mit diesen jugendpolitischen Maßnahmen, die Wählerinnen und Wähler, die scharenweise weglaufen – wenn man weiß, wohin sie laufen, weiß man auch warum – zurückzuholen. Ich glaube allerdings, dass das der SPÖ nicht gelingen wird, weil draußen wohl jedermann bewusst und bekannt ist, dass diese Maßnahmen aus reinem Populismus umgesetzt werden sollen. Das finde ich traurig, denn es wären doch sechs Jahre Zeit gewesen, um bestimmte Vorhaben oder Wünsche in die Wege zu leiten oder umzusetzen. Dass so etwas erst in der letzten Gemeinderatssitzung vor der Wahl kommt, ist schon etwas eigenartig.

Vzbgm. Wimmer: Ich finde es wirklich interessant, wenn gerade ein Repräsentant der Freiheitlichen von Populismus spricht.

GR. Reindl-Schwaighofer: Der Herr Vizebürgermeister Wimmer hat es gerade gesagt. Die Profis im Populismus wissen natürlich auch, was bei den anderen als Populismus zu sehen sein könnte bzw. werden andere quasi als Populisten beschimpft. Sieht man sich die von der FPÖ in den letzten drei Jahren eingebrachten Anträge an, stellt man fest, dass es praktisch immer darum ging, irgendwelche Dinge populistisch hochzuspielen, ohne auch nur ernsthaft einen Gedanken dahingehend zu verschwenden, das eine oder andere tatsächlich umzusetzen. Hätte die FPÖ die Mehrheit in diesem Gemeinderat gehabt, hätte sie diese Anträge gar nicht gestellt. Wäre es nämlich der FPÖ damit wirklich ernst, dann wäre auf Bundesebene zwischen 2000 und 2006 mehr von dem umgesetzt worden, was man heute noch immer auf Gemeindeebene auf der Forderungsagenda stehen hat. Ich seid im Wesentlichen eine Partei, die über das For-

dern nicht hinauskommt und nur dann mit diesen grandiosen Forderungen unterwegs ist, wenn sie genau weiß, dass sie sie nicht selbst umsetzen muss.

Zwischenruf GR. Ing. Matzinger: Vielleicht kann man zur Sache sprechen!

GR. Reindl-Schwaighofer: Wir haben als Sozialdemokraten mit dieser Mobilitätsfrage sozusagen ein Grundbedürfnis aufgegriffen, weil wir wissen, dass Jugendliche ganz einfach in ihren Bemühungen unterstützt werden müssen, nämlich in Sachen der individuellen Mobilität.

Wenn du jetzt meinst, dass mit diesem Antrag der Ablösungsprozess von den Eltern schon mit 15 gefördert werden soll, dann würde ich meinen, dass es wohl am besten ist, wenn du darauf wartest, bis deine eigenen Kinder einmal 15 sind, denn da wirst du wohl selbst am besten sehen, wie sich das mit dem Ablöseprozess bei 14- oder 15-jährigen abspielt.

Für uns ist diese Mobilitätskarte eine ganz wichtige Initiative, die im Wesentlichen dort ansetzt, wo die Bedürfnisse der Jugendlichen liegen. Dabei finde ich den Vorschlag in Richtung Einbindung der ÖBB als sehr wichtig und denke mir, dass das eine gute Ergänzung wäre. Aber letztendlich hat es mich eigentlich nur gewundert, dass jetzt der Kollege Rabl nicht sagte, die FPÖ hätte diese Forderung bezüglich Mobilitätskarte schon seit Jahren immer wieder erhoben.

GR. Ing. Matzinger: Es freut mich direkt, wenn ein Sozialdemokrat über Populismus spricht, noch dazu als einer, der den Populismus mehr oder minder erfunden hat, ebenfalls der SPÖ angehörte, nämlich Altbundeskanzler Kreisky. Abgesehen davon soll es doch kein Fehler sein, wenn man die Wünsche des Volkes auf den Punkt bringt. Ich will jetzt aber nicht in die Bundespolitik ausschweifen.

Ich finde es nur eigenartig, wenn der SPÖ-Fraktion diese Sache erst unmittelbar vor einem Wahltermin einfällt. Ansonsten gibt es ja eigentlich keine besondere Dringlichkeit für diesen Antrag. Wäre es wirklich so, dass sie der Meinung sind, dass man diesen Loslöseprozess von der Familie mit 15, 16 oder einem sonstigen Alter fördern sollte, dann hätte man dies auch schon im Vorjahr oder vielleicht vor zwei Jahren erkennen können. Dass ihnen also diese Sache so unmittelbar vor dem 27.09. einfällt, hat sicher eine gewisse Bedeutung. Das noch dazu in dieser halbherzigen Form, also in der Weise, dass halt einmal der Magistrat beauftragt wird, diesbezügliche Überlegungen anzustellen. Ich habe an anderer Stelle gelesen, dass der Bürgermeister irgendwelche Signale gesetzt habe. Na gut, der Bürgermeister setzt Signale, indem er irgendetwas sagt, dann aber nichts geschieht. Das kennen wir schon aus der Vergangenheit. Da wird also dort oder da etwas angekündigt, in der Praxis passiert aber gar nicht.

Vzbgm. Wimmer: Für's Nichtstun war bislang Herr Dr. Wieser zuständig!

GR. Ing. Matzinger: Erstens ist Herr Dr. Wieser nicht Bürgermeister und zweitens hängt die Umsetzung einer FPÖ- oder auch einer ÖVP-Forderung immer am seidenen Faden bzw. hängt alles von der Gunst des Finanzreferenten Wimmer ab. Wenn der Wimmer beispielsweise ein Stadion haben will, dann spielen 30 Millionen keine Rolle und geht es um ein anderes Referat, kann es durchaus sein, dass ihm einfällt, ein oder zwei Monate vor den Wahlen die Förderung für die Setzung von Umweltschutzmaßnahmen um 100 Prozent zu erhöhen, während er sie Jahre zuvor, weil der zuständige Referent

nicht die richtige Farbe hatte, um einiges beschränkte. Das sei einmal dazu gesagt, wobei der Herr Bürgermeister natürlich diesem Treiben zuschaut.

Ingesamt bin ich der Meinung, dass dann, wenn sie dieses Thema wirklich ernst nehmen, Herr Bürgermeister .....

Bgm. Dr. Koits: Welches?

GR. Ing. Matzinger: Ich rede von dieser Trennungsbeihilfe von den Eltern.  
(Gelächter!)

Na ja, das steht ja in der Begründung als zentrales Anliegen. Wir sollen also die Mobilität der Jugend in Zusammenhang mit der Abtrennung von der Familie fördern. Ich weiß nur nicht, was sie damit wirklich bezwecken. Die Familie sollte doch im Verständnis aller Fraktionen hier herinnen für Jugendliche der Hort sein, in dem sie sich wohlfühlen und in den sie immer zurückkönnen. Ich weiß somit nicht, warum sie sie mit 200, 300 oder egal wie viel hundert Euro von der Familie wegbringen wollen. Das kann es doch nicht sein!

Wenn sie aber meinen, dass damit eine Entlastung der Familien gegeben sein sollte, dann entlasten sie bitte die Familien durch andere Maßnahmen, beispielweise durch die Senkung der Müllgebühren oder sonstiger Gebühren und Tarife, etwa der Friedhoftarife, von denen heute ebenfalls die Rede war. Genauso könnten sie die Familien durch eine Senkung der Grundsteuer entlasten. Geben sie aber nicht einfach der Jugend 200 Euro, damit sich die Jugendlichen, wie sie dies als vordersten Grund nannten, von den Familien lösen können. Also, etwas derart Familienfeindliches habe ich in meinen 25 Jahren der Mitgliedschaft in diesem Gemeinderat noch nie gehört, und das von einem Sozialdemokraten! Bitte, das kann doch nicht die Begründung sein?

Merken sie sich also, dass das aus meiner Sicht kein richtiges Signal sein kann. Das ist höchstens ein Wahlzuckerl, Geschenk oder eine Möglichkeit in der Richtung, dass irgendwelche Jugendlichen kurz vor den Wahlen um 200 Euro pro Stück in das eigene Lager finden. Das ist bestimmt nicht der richtige Weg! Ich sage das, Herr Kollege, damit sie es wissen!

Vzbgm. Wimmer: Ich erkenne immer mehr, wie schmerzhaft dieses Thema für die Freiheitliche Fraktion ist.

GR. Ing. Matzinger: Überhaupt nicht!

GR. Dr. Rabl zur Geschäftsordnung: Wir sehen ja, dass dieser Antrag – das hat der Kollege Matzinger gerade begründet – völlig unausgereift und unüberlegt ist. Deswegen sollte dieser ganz intensiv im Ausschuss beraten werden. Auch die ÖVP erklärte zuerst, dass es einen Nachbesserungsbedarf gebe.

Ich stelle daher den Antrag zur Geschäftsordnung, diesen Dringlichkeitsantrag dem zuständigen Ausschuss zur weiteren Beratung zuzuweisen.

Der Geschäftsordnungsantrag von GR. Dr. Rabl auf Zuweisung gst. Dringlichkeitsantrages an den zuständigen Ausschuss zur weitem Beratung wird bei

gegen 13 Ja-Stimmen (ÖVP-, FPÖ- und GRÜNE-Fraktion)  
21 Nein-Stimmen (SPÖ-Fraktion)

abgelehnt.

GR. Mag. Holter hat schon vor o.a. Abstimmung die Sitzung verlassen.

GR. Mag. Springer: Der Kollege Rabl hat mir jetzt etwas vorweggenommen bzw. wollte auch ich den Antrag auf Beratung im Ausschuss stellen. Es hätte für mich keinen Sinn, diesen Antrag zu wiederholen, denn ich weiß jetzt schon, wie die Abstimmung hiezu ausgeht. Ich darf aber trotzdem begründen, warum ich der Meinung bin, dass dieser Dringlichkeitsantrag schon noch ein bisschen überarbeitet gehörte.

Ich möchte mich jetzt aber nicht in die rot-blaue Auseinandersetzung über Populismus und über familienideologische Dinge einmischen. Ich will das alles nicht weiter kommentieren.

Bezüglich dieses Antrages meine ich allerdings, dass es sich hier um eine wunderbare Jugendbeschenkungsaktion handelt, die halt zufällig vor den Wahlen stattfindet. Dagegen kann man nicht wirklich sein, man fragt sich aber, warum in diesem Antrag 200 Euro stehen und nicht etwa 300 oder 500 Euro. Mich würde wirklich interessieren, was es eurerseits an Kommentar gäbe, würde ich mit einem Abänderungsantrag einen Betrag in Höhe von 500 Euro vorschlagen. Nun, ich nehme halt einmal an, dass bezüglich dieser 200 Euro sehr wohl Berechnungen angestellt wurden. Es steht ja hier ein Betrag von 140.000 Euro pro Jahrgang und ich nehme wohl an, dass das genau das Geld sein wird, das irgendwo bereitsteht. Diesen Vorteil, zu wissen, wo vielleicht Geld zur Verfügung steht, hat natürlich der Vizebürgermeister Wimmer, der Herr über die Zahlen.

Vzbgm. Wimmer: Ich bin schon sehr beeindruckt von deinen Überlegungen! Ich muss dir gratulieren und meine, dass du einmal dem Dr. Rabl Nachhilfe in Hinblick auf das Budget geben könntest.

Zwischenruf: Da kennt er sich dann gar nicht mehr aus!

GR. Mag. Springer: Was den letzten Satz der Begründung dieses Antrages betrifft, muss ich sagen, dass ich das überhaupt nicht so sehe, wenn hier steht, dass damit „ebenso ein Impuls in Richtung Energieeffizienzoffensive und Klimaschutz in der Stadt Wels gesetzt und gefördert“ wird. Bei dieser Beschenkungsaktion sehe ich nämlich diesen Effekt überhaupt nicht. Das ist ebenfalls ein Grund, warum ich meine, dass diese Sache noch einmal überdacht gehörte. Nur weil hier auch etwas von der Möglichkeit des Fahrradankaufs steht, hat das noch lange nichts mit einer Lenkungsaktion zu tun, noch dazu wenn auch die Möglichkeit der Unterstützung hinsichtlich der Kosten für den Moped- oder PKW-Führerschein dabei steht. Wir wissen, dass der Führerschein sehr teuer kommt und somit ist irgendwo klar, dass das Geld wahrscheinlich zum Großteil in den Erwerb des Führerscheins fließen wird.

Also, wie ich schon sagte, ist das sicher ein nettes Geschenk, eine gewisse Entlastung und es wird die Einführung dieser Mobilitätskarte heute bestimmt die breite Zustimmung bei den Jugendlichen dieser Altersgruppe finden, aber ein Lenkungseffekt, so wie angeführt, ist damit leider überhaupt nicht gegeben.

Der Dringlichkeitsantrag (Anlage 4) wird mit

33 Ja-Stimmen (SPÖ-, ÖVP-, FPÖ-Fraktion ohne  
GR. Ing. Matzinger sowie GRÜNE-  
Fraktion)  
bei 1 Stimmenthaltung (GR. Ing. Matzinger)  
angenommen.

GR. Mag. Holter hat schon vor o.a. Abstimmung die Sitzung verlassen.

Vzbgm. Wimmer übergibt den Vorsitz wieder an Bgm. Dr. Koits.

### Schlussworte

Bgm. Dr. Koits: Wir sind am Ende der Tagesordnung angelangt. Zwei Kollegen, die viele Jahre im Gemeinderat tätig waren, ersuchten mich darum, sich anlässlich der letzten Sitzung des Gemeinderates in dieser Funktionsperiode – man weiß ja nie, was plötzlich passiert, aber normalerweise ist das die letzte Sitzung – sozusagen offiziell vom Gemeinderat verabschieden zu können, weil sie nach der Wahl mit Sicherheit nicht mehr dabei sein werden. Somit ersuche ich zuerst einmal den Kollegen Strassl, zum Rednerpult zu kommen.

StR. Strassl: Herr Bürgermeister, sie brauchen keine Angst zu haben. Auch wenn das heute meine letzte Gemeinderatssitzung ist, werde ich meine Tätigkeit als Referent selbstverständlich bis zum letzten Tag meiner Amtsdauer zu 100 Prozent ausüben. Jedenfalls möchte ich aber anlässlich meiner letzten Gemeinderatssitzung doch ein paar Worte zum Abschied sagen. Sie brauchen keine Angst davor zu haben, dass ich ihnen womöglich gute Ratschläge erteile und ich werde mit Sicherheit die letzten zwölf Jahre nicht im Detail Revue passieren lassen.

Politik wird mit dem Kopf und nicht mit dem Kehlkopf gemacht. Wenn manchmal auch der Bauch ein bisschen dabei ist, dann soll das nicht unbedingt etwas Schlechtes darstellen. Sollten in den letzten zwölf Jahren, die ich dem Gemeinderat angehörte, in der Hitze des Gefechtes manchmal Worte mehr aus dem Bauch als aus dem Kopf gekommen sein und sollte ich damit verbunden jemanden unbewusst persönlich beleidigt haben, möchte ich mich dafür an dieser Stelle offiziell entschuldigen.

Es ist mir ein Bedürfnis, heute Dank zu sagen. Zuerst möchte ich den Mitarbeitern aus meinem Ressortbereich danken, denen ich in den letzten sechs Jahren ganz schön auf die Nerven gegangen bin. Ich weiß, Geduld ist nicht meine Stärke und ich habe sie



wirklich in den letzten sechs Jahren ziemlich stark angetrieben. Sie haben allerdings mitgezogen und sehr viel erreicht. So ein bisschen flapsig gesagt: Würde es sie nicht geben, müsste man sie erfinden. Ich möchte mich stellvertretend bei einigen bedanken. Ich danke dir, Herr Baudirektor. Ich danke Herrn Dr. Spitzer, den ich heute leider nicht bei uns sehe. Ich danke meiner lebenden, wandelnden Straßenverkehrsordnung, Herrn Harald Pimmingstorfer. Ich danke auch dem Straßenbauchef, dem Bürgermeister einer Nachbargemeinde, Herrn Ing. Zauner-Penninger.

Weiters bedanke ich mich bei meinen Stadtsenatskollegen und bei allen Mitgliedern des Gemeinderates für die gute Diskussionskultur. Was heute so abgelaufen ist, dieses erfrischende Hickhack, gehört einfach dazu. Ich habe ja nicht unbedingt das unkomplizierteste Ressort geführt, aber mit ihrer Unterstützung war es mir trotzdem stets eine ziemlich leichte Aufgabe.

Karl Kraus sagte einmal: „Es gibt Dinge, die sind so falsch, dass nicht einmal das absolute Gegenteil richtig ist.“ Und mein Motto hier herinnen war eigentlich immer, dass es keine falsche, sondern nur eine andere Meinung geben kann. Glauben sie mir, dass ich mit diesem Grundsatz hier herinnen sehr gut gefahren bin. Denkt man nämlich so, dann bringt man auf der sachlichen Ebene eine ganze Menge weiter.

Ich bedanke mich ganz speziell bei den Mitgliedern des Verkehrsausschusses. Ich habe diesem Ausschuss insgesamt 12 Jahre angehört, also sechs Jahre als Gemeinderat und sechs Jahre als Verkehrsreferent. Es gab zumeist lange, auch heiße, aber immer sehr sachliche Diskussionen. Speziell in den letzten Jahren, in welchen ich jetzt Verkehrsreferent war, haben wir sehr viel im Bereich der Infrastruktur in unserer Stadt weitergebracht; alle Statistiken beweisen die positive Entwicklung.

Lieber Raimund Buttinger! Wir hatten ja eine etwas kuriose Situation. Der Ausschussvorsitzende und der Verkehrsreferent kamen von unterschiedlichen Parteien. Wir waren nicht immer einer Meinung, aber wir haben immer an einem Strang gezogen, und das zum Wohle der Welser Bevölkerung. Man muss noch dazu sagen: Das Arbeitspensum, das wir in den letzten Jahren erledigten, das soll uns auch erst einmal jemand nachmachen.

Es waren für mich zwölf schöne Jahre, nicht immer ganz leichte Jahre, aber jeder Tag war für mich sehr spannend. Seit 1997 haben wir insgesamt sehr viel erreicht und ich bin durchaus sehr dankbar und auch ein wenig stolz, dass ich in den letzten zwölf Jahren unsere Stadt mitgestalten konnte.

Ich möchte sie nicht länger aufhalten und komme schon zum Schluss. Ich meine, man muss von Politikern erwarten können, dass Wort und Tat übereinstimmen. Bleiben sie daher bitte alle so, wie sie sind. Behalten sie ihren Enthusiasmus für die Sache und handeln sie nie gegen ihre Überzeugung. Ich wünsche allen für die künftige Gemeinderatstätigkeit alles Gute. Danke!

(Applaus!)

GR. Pernkopf verlässt um 17.27 Uhr – während der Rede von Stadtrat Strassl – die Sitzung.

Bgm. Dr. Koits: Es hat sich auch Herr Ing. Matzinger zu Wort gemeldet und ich erteile ihm dieses.

GR. Ing. Matzinger: Der Kollege Strassl brauchte jetzt sieben Minuten und ich werde nicht 14 Minuten brauchen, obwohl ich doppelt so lang wie er diesem Gemeinderat angehörte.

Insgesamt waren es über 25 Jahre Mitgliedschaft zum Gemeinderat, 25 Jahre die mir sehr viel Freude bereiteten. Ich möchte mich dem Kollegen Strassl anschließen und betonen, dass es nie meine Absicht war, jemanden zu beleidigen, wie wohl ich mich das eine oder andere Mal darüber ärgerte, dass einige nicht über den Tellerrand schauen wollten.

Ich möchte mich bei den Beamten bedanken, die ich namens der Fraktion fallweise mit Fragen quälte und denen ich dort oder da eine zusätzliche Arbeit bereitete. Den Bürgermeister – egal ob Bregartner oder Dr. Koits – haben wir Fragen gestellt und diese haben wiederum die Beamten beauftragt, einen gescheiterten Bericht zu erstellen, damit das, was die FPÖ oder Matzinger an Fragen aufwarfen, ordentlich entkräftet oder sonst was werden konnte.

Ich möchte meinen politischen Lehrmeistern danken, die hier im Gemeinderat gesessen sind. Das war einmal der Kollege Voraberger, mit dem ich jahrelang im Wohnungsausschuss zusammensaß und mit dem wir für die stadteigenen Wohnungen eine sehr objektive Wohnungsvergabemodalität gefunden haben. Ich möchte weiters dem Kollegen RUDOLF danken, mit dem wir im Bauausschuss das eine oder andere ausgefochten haben, mit dem wir aber auch sehr viel in der Stadt bewegten. Der Bau ist und war immer jener Bereich, mit welchem in der Stadt sehr viele Impulse gesetzt werden konnten. Und auf den Kollegen RUDOLF folgte Herr Vizebürgermeister Oberroithmaier, der als einer galt, der Wort hielt und der Handschlagqualität hatte. Man konnte bei ihm sehr viel lernen und ich kann mich noch daran erinnern, wie er mich persönlich bei meiner ersten Gemeinderatssitzung per Handschlag begrüßte.

Der frühere Bürgermeister Bregartner war einer, der das eine oder andere Gefecht mit seinen Jung-Sozialisten ausfocht. Er hatte einen Sekretär, der in der Zwischenzeit Vizebürgermeister geworden ist und der – das sage ich jetzt auf Innviertlerisch „frisch auße wie’s drinn is“ – zum Teil in diesen Gemeinderat etwas weniger Demokratie hereinbringen wollte. Er glaubte, den einen oder anderen damit ärgern zu können, indem er demokratische Gepflogenheiten etwas zurückdrängte. Ich meine aber nicht, dass der Gemeinderat ein Forum sein sollte, wo sich der eine oder andere denkt: Ich mache meine Wortmeldung nur deshalb, um einen hier herinnen sitzenden Kollegen zu ärgern. Dazu, glaube ich, sind wir alle nicht da. Und dazu sind wir vom Bürger nicht gewählt worden. Wir sind vielmehr dazu gewählt worden, hier im Gemeinderat für die jeweilige Gruppe das Bestmögliche zu tun. Und wir sind als Kollektiv dazu gewählt, für die Stadt Wels das Bestmögliche zu tun. Persönlich habe ich 25 Jahre lang versucht, dieser Vorstellung zu entsprechen.

Ich wünsch allen, die im Herbst hier im Gemeinderat weitermachen, viel Erfolg bei ihrer Arbeit. Meiner eigenen Fraktion wünsche ich natürlich den besten aller Wahlerfolge, den man sich vorstellen kann. Und der Stadt Wels wünsche ich ein „Glück auf“. Danke! (Applaus!)

Vzbgm. Dr. Ploier-Niederschick: Auch für mich ist das heute die letzte Gemeinderatssitzung. Ich habe 15 schöne Jahre in der Gemeindestube verbracht, davon 12 Jahre als Wirtschaftsreferent der Stadt Wels. Und ich hoffe, dass es zumindest ein wenig zu

merken war, dass mir diese Arbeit sehr großen Spaß machte. Wir haben in dieser Zeit sehr viele Projekte entwickelt, bestimmte Einrichtungen ganz neu aufgebaut und eigentlich blicke ich mit einer gewissen Wehmut, andererseits doch mit sehr viel Stolz auf diese 12 Jahre meiner Zeit als Wirtschaftsreferent zurück. Sieht man sich die wirtschaftlichen Kennzahlen der Stadt Wels an, glaube ich, dass wir seitens des Wirtschaftsreferates in den letzten Jahren die richtigen Rahmenbedingungen geschaffen haben. Es gibt überall ausgezeichnete Zahlen, sei es nun bei den Arbeitskräften, bei den Nichtigungen, bei den Umsätzen, die man noch immer in unserer Stadt macht oder sei es insgesamt das Image bzw. die Gesamtentwicklung, die wir zustande brachten.

Es ist mir durchaus bewusst, dass wir einiges gemeinsam erreichten. Ich bedanke mich ausdrücklich über alle Parteigrenzen hinweg bei meinen Kollegen in Stadtsenat. Wir hatten immer ein sehr konstruktives Zusammenwirken und ich spürte, dass auf dieser Ebene nicht zählt, welcher Partei man angehört, wenn man eine bestimmte Idee hat, sondern es wurde vielmehr die Arbeit bzw. die Idee beurteilt. Und wurde die Idee für gut befunden, konnte man sie auch umsetzen. Dass meine Ideen offensichtlich nicht so schlecht waren, zeigt, dass wir doch eine Reihe von Dingen umsetzen konnten.

Wenn als Kritikpunkt an meiner Arbeit stehen bleibt, dass ich zu konsensorientiert war oder dass ich mich von einigen umarmen ließ, so nehme ich das zur Kenntnis. Ich nehme das sogar mit Stolz zur Kenntnis, denn es geht nämlich hier bei unserer Gemeindepolitik nicht darum, ob man sich sozusagen gegenseitig in populistischen Positionen eingräbt und am Ende nichts mehr zusammenbringt, sondern vielmehr darum, für die Welserinnen und Welser etwas zu erreichen. Das sollte doch im Vordergrund stehen und ich meine, es wäre auch für die künftige Leitung sehr wichtig, sich einen Satz zu merken, der auf gut Mühlviertlerisch heißt: „Durch's Reden kommen d'Leut zaum!“ Möge man tun, was ich immer getan oder versucht habe, nämlich das Gemeinsame und nicht das Trennende in den Vordergrund zu stellen. Vielleicht sind dann Gemeinderatssitzungen nicht mehr so spannend wie jetzt – es macht ja auch irgendwo Spaß, wenn man sich gegenseitig so knapp über der Gürtellinie seine Meinung sagt – aber andererseits bringt man im Wege der Zusammenarbeit doch um einiges effizientere Projekte für die Stadt Wels zum Ziel als bei einer Herumstreiterei.

In diesem Sinn bedanke ich mich in dieser vorläufig letzten Gemeinderatssitzung – wenn hoffentlich nichts Gröberes mehr dazwischen kommt – und spreche die Hoffnung aus, dass auch künftig der Geist des Miteinanders in dieser Gemeindestube vorherrschend sein möge. Herzlichen Dank und alles Gute!

(Applaus!)

Bgm. Dr. Koits: Geschätzte Damen und Herren des Gemeinderates, geschätzte Besucherinnen und Besucher dieser Gemeinderatssitzung!

Wenn man mit Kollegen sehr viele Jahre zusammengearbeitet hat, nämlich in dieser Stadt, die immerhin die siebtgrößte Stadt Österreichs ist oder, wie ich manchmal zu sagen pflege, in der größten Stadt Österreichs, die nicht gleichzeitig Landeshauptstadt ist, hat man vieles erlebt und es ist einem vieles untergekommen, beispielsweise zusammen mit dem Kollegen Matzinger, der immerhin 25 Jahre in diesem Gemeinderat tätig war. Wir waren in vielen Ausschüssen beisammen, wo es manchmal auch etwas heftiger zugeht, aber andererseits haben wir in diesen 25 Jahren in bestimmten Bereichen, beispielsweise im Bereich der Planung, eine Vorreiterrolle eingenommen, und zwar nicht nur in der Region, sondern in ganz Oberösterreich. So erinnere ich mich

an das erste „Örtliche Entwicklungskonzept“, welches damals unter der fachmännischen Führung von Herrn Dr. Wahl entstanden ist. Zunächst einmal verursachte dieses einige Aufregung, weil viele meinten, solch ein „Örtliches Entwicklungskonzept“ würde sich nur auf bauliche Dinge beschränken, tatsächlich waren aber auf einmal alle Referenten gefordert. Jedenfalls bildete das erste „Örtliche Entwicklungskonzept“ – so behaupte ich das schlichtweg – eine wegweisende Orientierung für die Stadt, wobei dieses natürlich immer wieder einer Überarbeitung bedarf.

Genauso erinnere ich mich in Zusammenhang mit dem neuen Raumordnungsgesetz an die Raumordnungsverträge, die heute eine Selbstverständlichkeit darstellen. Seinerzeit hat mich als Planungsreferent Martin Stieger zum Rücktritt aufgefordert, weil so etwas einfach nicht gang und gäbe war. Ich habe dem Kollegen Matzinger nicht den Gefallen des Rücktritts getan .....

Zwischenruf GR. Ing. Matzinger: Der Stieger hat das gefordert, nicht ich!

Zwischenruf Vzbgm. Wimmer: Aber du bist dahintergesteckt!  
(Gelächter!)

Bgm. Dr. Koits: Nun, so könnte ich noch etliche Beispiele gewisser Vorkommnisse bei der gemeinsamen Arbeit erzählen. Diese Diskussionen etc. haben letztlich für die Stadt Wels etwas gebracht.

Für diese 25 Jahre der gemeinsamen Arbeit bedanke ich mich, Herr Kollege Matzinger. Ich glaube, es war das für sie eine schöne Zeit. Man hat vieles erlebt und natürlich gab es manchmal im Gemeinderat oder in den Ausschüssen heftige Diskussionen. Aber ich kann doch sagen, dass das Persönliche oder das Verbindende nicht zu kurz gekommen ist. Ich danke nochmals und wünsche ihnen für die Zukunft alles Gute sowohl im persönlichen als auch im beruflichen Bereich. Herzlichen Dank für ihre Leistung und ihre Arbeit.

Was den Kollegen Strassl betrifft, darf ich einmal sagen, dass ich schon viele Referate inne hatte, nur das Verkehrsreferat nicht. Es ist das jenes Referat, in dem wir nicht nur hunderte, sondern tausende Experten haben. Es weiß im Verkehrsreferat jeder, wie etwas funktionieren kann und es weiß auch jeder, warum etwas nicht funktioniert. Und diesen Meinungsbogen auf einen Nenner zu bringen, das ist dann Aufgabe des Verkehrsreferenten. Und ich habe auch heute bei der Beschlussfassung über die Einführung des „dynamischen Parkleitsystems“ gespürt, dass sie dieses Referat wirklich mit Herz und Seele betrieben oder gemocht haben. Man hat es genauso in Ausschusssitzungen gespürt oder wenn wir gemeinsam mit Bürgern über irgendwelche Verkehrsgeschichten diskutierten. Gerade in Zusammenhang mit der Überarbeitung des Innenstadtkonzeptes sind wir ja sozusagen herumgezogen und wir versuchten, gewisse Änderungen, die wir als notwendig erachteten, verständlich darzulegen. Wir haben auch gelernt, nämlich von manchen Aufgaben, die wir glaubten, positiv zu erledigen, wobei sich aber im nachhinein dort oder da herausstellte, dass die Wirklichkeit doch etwas anders ausschaut, als es das technische Modell vorausberechnete.

Ich bedanke mich bei ihnen und wünsche ihnen ebenfalls für die Zukunft alles Gute. Nicht so wünschenswert halte ich es allerdings, dass sie mit schweren Motorrädern oder Autos mit vielen PS durch die Lande fahren – sie wissen, was ich meine – denn mir ist der Strassl, wie er hier sitzt, sehr viel wert und so befürworte ich es eher, wenn

man Autos hat, bei denen die Geschwindigkeit nicht so im Vordergrund steht, sondern die Sicherheit.

Zwischenruf Vzbgm. Wimmer: Hören wir da einen gewissen Neid heraus?

Bgm. Dr. Koits: Nein, nein, ich bin überhaupt nicht neidig, aber ich erwähne das nur, weil mich Strassl zum Mitfahren einlud, was ich nicht so gerne angenommen habe.

Nochmals alles Gute und viel Gesundheit. Beruflich, so denke ich mir, werden sich da oder dort unsere Wege kreuzen bzw. werden wir einander manchmal begegnen. So weit bin ich informiert, dass ich sagen kann: Sie werden auch in der Folge immer wieder für die Stadt Wels etwas tun können.

(Applaus!)

Lieber Bernhard Ploier! Ich möchte einmal sagen, dass Wels sicher eine Stadt ist, in der man sich wohlfühlt.

(Gelächter!)

Wels ist eine Stadt, in der große Lebenszufriedenheit herrscht. Nicht nur im Rahmen einer Studie sagten die Leute, dass sie in weitaus überwiegender Zahl gern in Wels wohnen. Das freut einem, und zwar deshalb, weil an dieser Lebensqualität viele mitgearbeitet haben, nicht nur der Bürgermeister oder der Finanzreferent allein, vielleicht auch der Baureferent und der Wirtschaftsreferent. Vielmehr gibt es wirklich viele Leute aus der Bevölkerung, viele aus der Wirtschaft, die mitwirkten und es ist natürlich die Politik, die gewisse Strategien entwickelt bzw. die den Rahmen vorgibt. Und in deinen Jahren der Zusammenarbeit mit uns war es immer ein guter Rahmen, auch wenn es da oder dort einmal zu Auffassungsunterschieden gekommen ist. Für mich persönlich war es aber immer wichtig, dass wir, so es um das gemeinsame Ganze ging, immer zusammengefunden haben. Das war an sich eine schöne Sache im Interesse der Stadt.

Ich habe bei dir auch immer deine loyale Art geschätzt, die kritisch loyale Art – da besteht wohl ein Unterschied – und ich möchte es einmal in der Weise zum Ausdruck bringen, dass ich sage: Ich und der Wimmer Hermann, wir haben gerne mit dir gekuschelt, weil damit verbunden doch immer wieder etwas Positives entstand. Der Bernhard konnte seine Ideen einbringen und ohne dieses Zusammenwirken würde beispielsweise das Stadtmarketing heute nicht so dastehen, wie es das tut. Es gibt noch viele andere Themenbereiche, die wir im Laufe der Jahre erfolgreich entwickeln konnten, was aber vielleicht nicht in dieser Weise möglich gewesen wäre, hätte es nicht diese gemeinsamen Strategien gegeben.

Deshalb, Bernhard, sage ich auch dir ein herzliches Danke für die Jahre, in denen wir zusammenarbeiten durften. Diese Zusammenarbeit betrifft all jene, die heute hier sind, aber genauso all jene, die im Laufe der Zeit schon aus dem Gemeinderat ausgeschieden sind. Ich wünsche dir in deinem Beruf alles Gute, viel Erfolg. Du hast ja beruflich ein sehr großes Aufgabengebiet. Auch in deinem persönlichen Bereich wünsche ich dir alles Gute!

(Applaus!)

Ja, es ist heute – zumindest vorläufig – die letzte Gemeinderatssitzung vor dem 27. September. Alle haben in den letzten sechs Jahren ihr Bestes für die Stadt und die Bewohner dieser Stadt getan. Lässt man unser Arbeitsprogramm Revue passieren,

sieht man, dass enorm viel weitergegangen ist. Und das in allen gesellschaftspolitisch relevanten Bereichen, etwa im Sozial- und Bildungsbereich, im Wirtschafts- und Planungsbereich, im Verkehrsbereich etc. Ich muss allerdings sagen, dass uns das nur möglich war, weil wir doch eine sehr zielgerichtete Finanzpolitik betrieben haben. Die ersten drei Jahre dieser Funktionsperiode waren von enormer Sparsamkeit geprägt. Der Kollege Wimmer und ich führten viele Diskussionen mit unseren Mitarbeitern im Hause, weil wir wussten, wie wichtig es ist, zuerst einmal vorsichtig zu agieren und etwas anzusparen, ehe an die Umsetzung vieler Dinge herangegangen werden konnte. Sieht man sich an, wie stark wir mit unserem Schuldenstand heruntergekommen sind, nämlich auf 175 oder 176 Euro pro Kopf der Bevölkerung – im Prinzip sind das eigentlich keine Schulden, weil es sich um langfristige Förderdarlehen handelt – dann ist festzustellen, dass wir in Oberösterreich und auch in ganz Österreich wirklich einsam dastehen. Andere Städte oder Gemeinden haben Schulden, die zum Teil über 2.000 Euro pro Kopf der Bevölkerung liegen. Der entscheidende Schritt hiezu war wohl unser gemeinsamer Beschluss auf Übertragung der Stromschiene auf eine neue Gesellschaft unter fast gleich starker Mitbeteiligung der Energie AG. Mit dem Erlös aus dieser Übertragung haben wir einen Schuldenabbau bis hin zu diesen wenigen Förderdarlehen betrieben. Wir haben das ganz bewusst so gemacht und den Verkaufserlös nicht sofort in neue Projekte hineingesteckt. Diese Vorgangsweise hat uns gut getan und es wurde uns in den letzten sechs Jahren ermöglicht, viele Dinge im Interesse der Bevölkerung umzusetzen.

Ich danke allen, die bei dieser Arbeit mitgemacht haben. Ich bedanke mich bei den Ausschüssen, die mitgewirkt haben und den Mitarbeitern werde ich sowieso noch bei anderer Gelegenheit diesen Dank aussprechen. Trotzdem möchte ich auch hier in aller Öffentlichkeit an die Mitarbeiter ein herzliches Dankeschön für die erbrachten Leistungen sagen, ebenso für die Bereitschaft, Veränderungen mitzutragen, was ja ebenfalls ganz wichtig ist.

Ich bedanke mich aber namens des Gemeinderates auch beim Hansi Höpfl und seinem Team. Ihr habt immer alles fest im Griff und ihr zeichnet alles auf, damit dann die Dinge entsprechend nachverfolgt bzw. umgesetzt werden können.

Persönlich wünsche ich mir, dass es in den kommenden drei Monaten vor der Wahl insgesamt doch vernünftig abgeht, was natürlich kritische Anmerkungen nicht ausschließt. Selbstverständlich wird jede Partei schauen, dass sie das jeweils eigene Programm der breiten Öffentlichkeit nahebringen kann. Ich glaube allerdings, dass es für die Politik in Wels nicht gut wäre – ich möchte das wirklich nicht haben – käme es zu rein persönlichen Auseinandersetzungen oder rein persönlichen Angriffen. Wir sollten dies schon deshalb unterlassen, weil es dann auch eine Zeit nach der Wahl gibt. Ich würde meinen, dass sich ein gutes Klima für die Zeit nachher schon vor dem 27. September entwickelt.

In diesem Sinn wünsche ich ihnen alles Gute, einen schönen Urlaub und ein faire Wahlauseinandersetzung. Herzlichen Dank! Damit ist jetzt die Sitzung geschlossen.  
(Beifall!)

Der Vorsitzende:

Für die Fraktion der SPÖ:

Für die Fraktion der ÖVP:

Für die Fraktion der FPÖ:

Für die Fraktion der GRÜNEN:

Schriftführer: